

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Liste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Inserctions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 vollstehende und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 18. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Verbesserung des Heingeetzes.

Der Reichstag war wohl kaum je von dem Publikum so be-
 sucht wie am Donnerstag. Eine weltgeschichtliche Sitzung wurde
 erwartet, und zwar eine wirklich weltgeschichtliche. Dies-
 mal sollte ein großer Kulturkampf sein — ein großer und ein
 entscheidender Tag. Eine Art parlamentarischer Ginnenschlacht, in
 der es gilt, das Heer der Barbaren, die in den Garten der Wissen-
 schaft und Kultur eingebrochen, wieder hinauszuerwerfen.

In Massen drängte das Publikum heran. Nicht so groß
 wie auf die Tribünen war der Jubel in das Haus.
 Als der Präsident auf seinem Stuhl Platz nahm und
 alle Abgeordneten in den Saal strömten, da blieben nicht wenige
 Plätze unbesetzt. Und die erste namentliche Abstimmung, mit der
 die Sitzung begann, zeigte, daß bloß 200 Abgeordnete anwesend
 waren, beträchtlich weniger als bei verschiedenen früheren Gelegen-
 heiten. Und das Verhalten der einzelnen Parteigruppen verrät auch
 gar nichts Außerordentliches, was auf das Rahen eines weltgeschicht-
 lichen Moments schließen ließe. Das einzige Symptom, das etwas
 Ungewöhnliches andeutete, war die gespannte Regier, mit der die
 Centrumsmänner nach der socialdemokratischen Weiterrede hin-
 schauten.

Wo ist die Obstruktion? Wie ist die Obstruktion? Wirft sie
 mit Steinbündeln wie in Italien? Schimpft und brüllt sie wie in
 Oestreich? Vogt sie wie in England, wo sie zuerst von den
 Irländern geübt ward? Nichts Verdächtiges war zu bemerken: die
 Blätter Papier, die von den Abgeordneten herumgerückt wurden,
 konnten kein Material für Buchgeschosse abgeben. Die kundigen
 Zuhörer freilich fingen an zu begreifen — sie ahnten, daß Anträge
 auf namentliche Abstimmung vorbereitet wurden.

Und so war es. Jeder Antrag auf namentliche Abstimmung
 muß von 50 Abgeordneten unterzeichnet sein, und die Anträge
 mußten zahlreiche auf Vorrat angefertigt werden. Die Austrottung
 der Unstillschkeit bedarf umfassender Bemühungen.

Und die Schlacht ging los.
 Kein Kommy mit Reden. Das Reden ist einseitig. Die Rechte
 schweigt hartnäckig und überläßt das Reden der Linken, die einen
 Regen von Anträgen auf das Haus niedergehen läßt. Hinter jedem
 Antrag steht ein Redner, auch zwei. Hinter jedem Redner eine
 namentliche Abstimmung.

Es ist kein Redekampf, sondern eine Kraftprobe des Aushaltens.
 Wer hält es am längsten aus?
 Den Rednern, die todesmutig sich opfern, hört niemand zu —
 sie verlangen es auch nicht. Wenn ihr Reden nur abschreckend wirkt
 aber nicht abschreckend bloß bis zum Speisefaal — nein aus dem
 Hause hinaus — wünschlich aus der Reichshauptstadt hinaus.

Die Majorität zählt nach Ausweis der ersten namentlichen Abstimmung
 210 Stimmen gegen 80 Obstruktionisten. Die Mehrheit umfasst
 aber auch die Nationalliberalen, welche nicht mit obstruieren, aber Gegner
 des Heingeetzes sind. Sehen diese ab oder verlieren sich aus dem
 Centrum oder den Konservativen nur zwölf Stimmen, so ist
 ohne die Linke keine Beschlußfähigkeit vorhanden. Nach dieser Ab-
 stimmung begann die Debatte über einen socialdemokratischen Ver-
 besserungsantrag zu § 301,6 des Strafgesetzbuchs, der die Bestrafung
 von weiblichen Personen behandelt, welche die polizeiliche Kontroll-
 vorchriften übertreten; diesem Antrag begleiteten zwei Alternativ-
 anträge. Zu diesem Gegenstand sprachen Sebel und Stadt-
 hagen in längeren Reden. Sie brachten reiches Material
 und deckten schwere sittliche Schäden auf, zu deren Beseitigung die
 Heingemäher sich bereit erklären mußten, wenn ihr Sittlichkeitsgerede
 mehr wäre als heuchlerischer Humbug. Nachdem sodann der frei-
 ständige Abg. Wedd gegen einen Teil des socialdemokratischen An-
 trags gesprochen, beantragte die Rechte gegen 1/2 Uhr Schluss der
 Debatte. So wurde dem Abg. Heine, der ebenfalls eine längere
 Rede in Bereitschaft hatte, das Wort abgeschnitten.

Nun beantragte Singer eine namentliche Abstimmung
 über den Schluss der Diskussion. Ferner mußten drei namentliche
 Abstimmungen erfolgen über die socialdemokratischen Anträge zu
 § 301,6, zwei Stunden hindurch namentliche Abstimmungen!
 Es ist ermüdend — aber es soll ermüdend werden. Es ist
 langweilig, aber die Langeweile macht matt und matt soll gemacht
 werden. Es giebt Geduldsspiele. Dies ist ein parlamentarisches
 Geduldsspiel. Wie lange wird es sich hingziehen? Der Reichstag
 entwickelt eine himmlische Geduld; der Präsident entwickelt eine
 himmlische Geduld.

Und das Publikum der Tribüne? Es hat eine arge Enttäuschung
 erlebt. Vergeblich wartete und wartete es auf den weltgeschichtlichen
 Moment. Oder doch auf irgend ein sensationelles Ereignis, irgend
 einen Analekt, wie er sich für weltgeschichtliche Momente ischiet.
 Doch nichts kam. Die Reden, welche sich im Stimmengewirr ver-
 loren; die heitere Verlesung der Namensliste. Die monotone Ab-
 wechselung von Ja — Nein — Nein — Ja. Das Publikum
 amüsierte sich nicht.

Indes ein Teil hielt heldenmütig Stand. Der Erste, der das
 Feld räumte, war Herr Reuf, der famose Podstpiel, der sich in
 den Strahlen des Pflasters und Madergesetzes sonnen wollte, aber
 rasch entflo, als er sich erkant sah.
 Der erste Tag der Schlacht um das Ruder- und Pfaffengesetz
 konnte noch keinen Erfolg bringen. Das ist ein Dauerkampf. Der
 zweite Tag wird schon eher Anhalt zu einer Schätzung des Ausgangs
 bieten.

Wiewohl bestimmt sich aber das Centrum noch in letzter Stunde
 und erhebt sich zu dem socialdemokratischen Bemühen um eine ernst-
 liche Ausgestaltung des Strafgesetzbuchs befaßt Verrichtung sittlicher
 Notstände.

Die „Germania“ kündigt das Ausstehen ihrer Partei-
 freunde an:

„Die Mitglieder der Centrumsfraktion sind, wie wir
 mit großer Freude feststellen können, nahezu vollzählig er-
 schienen und entschlossen, auszuharren; sie werden der
 Obstruktion in der wenn auch mißbräuchlichen Ausübung der
 Geschäftsordnung nicht entgegenstehen, dagegen ihrerseits
 auch die geschäftsordnungsmäßigen Mittel zur Abklärung der
 Obstruktion zur Anwendung bringen.“

Schlussmacher hat das Centrum schon geübt, bevor die
 Obstruktion auftrat. Das wird ihm jetzt ebenso wenig nützen
 wie früher. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Mai.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Donnerstag eine reichhaltige Tagesordnung in verhältniß-
 mäßig kurzer Zeit erledigt. Zunächst gelangten die umfangreichen
 Hohenzollernschen Gesetze z. T. en bloc zur Annahme.
 Ein konservativer Versuch, entgegen der Regierungsvorlage und den
 Kommissionsbeschlüssen, für die Gemeindefürsorge in Hohenzollern
 an Stelle der geheimen die offene Stimmabgabe
 einzuführen, mißlang, da auch der Minister Herr. v. Rheinbaben
 und Abg. Herr. v. Jedlich (N.), obgleich Anhänger der offenen
 Wahl, sich doch aus praktischen Gründen für Beibehaltung der ge-
 heimen Stimmabgabe aussprachen.

Der vom Herrenhaus in abgeänderter Fassung zurückgelangte
 Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von Zwischenkredit
 bei Rentengutsverhältnissen fand nicht die Zustimmung
 des Hauses. Die Mehrheit beharrt auf den in dritter Lesung gefassten
 Beschlüssen und will nichts davon wissen, daß der Kredit nur
 für bestimmte Zwecke gewährt werden soll. Die Vorlage muß also
 nochmals an das Herrenhaus zurück.

Eine längere Debatte entspann sich über die Vorlage betreffend
 die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung
 der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern.
 Es handelt sich um eine Forderung von weiteren 5 Millionen, da
 die früher bewilligten 15 Millionen fast aufgebraucht sind. Im
 Prinzip erklärten sich alle Parteien mit der Forderung ein-
 verstanden, doch sprach Abg. Dr. Martens (natl.) den Wunsch
 aus, nicht Kalorien, sondern wünschliche Ein-Familienhäuser zu
 bauen. Im Gegensatz dazu warnte Abg. Schall (N.) da-
 vor, zu luxuriös zu bauen und etwa „Villen“ zu errichten,
 damit die Arbeiter nicht zu sehr verbohnt werden. Auch Minister
 Dr. v. Riquel erklärte sich, hauptsächlich aus finanziellen Gründen,
 gegen Einzel-Wohnhäuser. Die Vorlage wurde ohne Kommissions-
 beratung gleich in zweiter Lesung angenommen.

Auf einem noch tieferen Niveau als die Debatte über die
 Wohnungsverhältnisse bewegte sich die über die Frauenfrage,
 die sich das Haus aus Anlaß einer Petition von Helene Lange
 um Zulassung der Frauen zur Immatrikulation
 an den Universitäten und zu den Staatsprüfungen leistete. Es lobt
 nicht, über die Diskussion, deren Kosten in der Hauptsache der
 Pastor Schall trug, ein Wort zu verlieren. Unter Ablehnung
 eines Antrags auf Ueberweisung zur Berücksichtigung und eines
 andern Antrags auf Ueberweisung als Material ging das Haus,
 getrennt seinem kulturfeindlichen Programm, über die Petition zur
 Tagesordnung über.

Am Freitag beginnt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr.
 die Warenhaussteuer.

Der Pöfelfleisch-Krieg.

Die ganzwillenen Agrarier haben nunmehr ihren Antrag
 zum Fleischbeschau-Gesetz im Reichstag eingebracht, der dem
 konservativen Kompromißantrag der Herren Altdowström
 und Mirbach entgegengesetzt ist. Der Antrag ist von 42 Ab-
 geordneten unterschrieben, und zwar von 9 Antisemiten,
 5 Landwirtschaftsbündlern und 28 Konservativen. Der § 14a
 soll danach folgende Fassung erhalten:

„Der Bundesrat wird ermächtigt, abweichend von den Be-
 stimmungen des § 1, zur Einfuhr in das Reichsgebiet zuzulassen:
 1. Speck, Schweineschmalz und Därme; 2. geräucherte Schweine-
 schinken und fettes Fleisch, letzteres jedoch nur in ganzen Tier-
 körpern, die bei Andvieh, ausschließlich der Kälber, und bei
 Schweinen zerlegt sein können. Mit den Tierkörpern muß Brust-
 und Bauchspeck, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Euter
 in natürlichem Zusammenhang verbunden sein. Der Bundesrat
 ist ermächtigt, diese Vorschriften auf weitere Organe auszu-
 dehnen.“

Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1903 sind etwaige Aus-
 nahmebestimmungen für die unter 2 genannten Fleischarten durch
 Gesetz neu zu regeln.

Dieser Antrag unterscheidet sich von dem Kompromiß
 Mirbach dadurch, daß er die Einfuhr von Pöfelfleisch ver-
 bietet, und von den Beschlüssen der zweiten Lesung, daß er
 statt des negativen Verbots bezieht, was überhaupt noch
 eingeführt werden darf. Außerdem ist die Fristbestimmung
 in anderer Form fixiert worden. Nach der Fassung zweiter
 Lesung sollte vom Jahre 1904 ab die Einfuhr von Fleisch,
 ausgenommen Schweineschmalz, Speck, reine Oleomargarine
 und Därme, gänzlich verboten sein.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt:
 „Die ganze Frage hat sich praktisch nunmehr daraufhin zu-
 gelöst, das Pöfelfleisch zugelassen werden oder nicht? Und
 ist das Gesetz noch verständlich, zweckentsprechend, wenn die Einfuhr
 des Pöfelfleischs unter gewissen Bedingungen zugelassen wird?
 Wir stehen nicht an, beide Fragen zu verneinen. . .
 Wie sind der festen Ueberzeugung, daß wenn wir vor die Frage
 gestellt werden sollten, ob das ganze Gesetz fallen gelassen oder
 das Pöfelfleisch zugelassen werden sollte, das Falllassen des
 Gesetzes das geringere Uebel sei.“

Die Abgeordneten aber, die darüber zu entscheiden haben,
 stehen vor einer bedeutsamen und schwereren Entscheidung. Wie
 diese fallen werde, läßt sich auch jetzt noch nicht übersehen. Sollte
 das Gesetz scheitern, so würde die Verantwortung in erster

Linie die verbündeten Regierungen treffen, die eine
 Bevorzugung des Auslands anstreben, welche in keiner
 Weise irgendwie innerlich begründet ist oder entschuldigt werden
 kann.“

Für den extrem agrarischen Antrag werden voraussicht-
 lich noch einige Reichsparteiler und Nationalliberalen stimmen.
 Dagegen soll die große Mehrheit der beiden letztgenannten
 Parteien sowie das Centrum für das Kompromiß eintreten.
 Beharren die Agrarier in der That auf ihrer radikalen Fleischsperre,
 so wird es von wenigen Stimmen abhängen, ob das Gesetz
 zu stande kommt oder scheitert. Auch das Kompromiß stellt
 eine agrarische Liebesgabe dar, während der extreme Antrag
 als Hauptzweck verfolgt, die Handelsverträge schon jetzt zu
 dynamisieren. Die einzige Partei, die für die ursprüngliche
 Regierungsvorlage mit ihren zweckmäßigen hygienischen
 Tendenzen eintritt, ist die — Socialdemokratie. —

Am Donnerstagabend ist nun auch der Kompromiß-
 antrag im Reichstag eingebracht worden, der den schon be-
 kannten Inhalt hat. Er ist von 91 Abgeordneten unter-
 geschrieben, Mitgliedern der Reichspartei, des Centrums, sowie
 von Polen, Estländern und einer Anzahl Konservativer, unter
 letzteren Kropatschek, Ledebow, Altdowström. Die National-
 liberalen haben den Antrag nicht mitunterzeichnet. —

Deutsches Reich.

Das Erwachen des Klassenkampfes

läßt sich auch unter den Arbeitern, die bislang dem Centrum folgten,
 nicht mehr aufhalten. Unter dem Druck ihrer Gefolgschaft müssen
 sich auch die christlichen Gewerkschaften entschließen, das Prinzip des
 Klassenkampfes anzuerkennen.

Wie wir der „Krausl. Volksstimme“ entnehmen, hat der Vor-
 sitzende der christlichen Arbeiter in Fulda, Joh. Reisch, im
 Verein mit dem Generalsekretär Dr. Hille folgendes Flugblatt heraus-
 gegeben:

„Kämpf!“ Bauer und Bauarbeiter Achtung!

„Kämpf!“ von Fulda und Umgegend!
 Kollegen! Fast drei Monate sind vergangen, seitdem wir an
 die Unternehmer mit dem Wunsche, geregelte Lohn- und Arbeits-
 bedingungen mit uns zu vereinbaren, getreten sind! Unsere ganzen
 Bemühungen, uns einen einigermaßen anständigen Lohn und
 bessere Fürsorge für unsere Gesundheit und Leben zu sichern, sind
 an dem „Herrenstandpunkt“ der hiesigen Unternehmer ge-
 scheitert. Nun liegt es an uns, Kollegen, zu zeigen, daß wir nicht
 gemüthlich sind, uns als gefähige Werkzeuge einzelner „Geld-
 männer“ behandeln zu lassen, sondern daß wir über uns
 Arbeitsbedingungen ein Wort mitreden wollen. Durch unser
 Verhalten in dem zu erwartenden Kampf werden wir zu
 entscheiden haben, ob uns, wie bisher, für unsere mühe-
 volle Arbeit ein Lohn gezahlt wird, der kaum für
 eine Person zum Lebensunterhalt hinreichend ist, oder
 ob wir ein Einkommen erzielen, wovon sich auch unsere
 Kinder den Hunger stillen können. Die Stunde der Entscheidung
 über unsere wirtschaftliche Zukunft wird bald schlagen. Da wird
 es heißen: entweder werden die schlechten Löhne und Arbeits-
 verhältnisse etwas aufgebessert, oder wir werden weiter zu einem
 menschenunwürdigen Dasein verdammt. Entweder
 werden wir eine Arbeitszeit erlangen, welche es ermöglicht, uns
 auch eine Stunde der Familie zu widmen, oder man wird
 uns durch zwölf- und mehrstündige Arbeitszeit noch
 tiefer herabdrücken, damit wir nicht Zeit gewinnen, über
 unser Elend nachzudenken. Kollegen! Seid Ihr gewillt,
 bessere Zustände herbeizuführen? Nun, das seid Ihr Euren
 Kindern, Euch selbst und der menschlichen Gesellschaft
 schuldig. Darum haltet fest zusammen in den kommenden
 Tagen der Stürme. Gebt den Herren, die Euch nach Willkür
 die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktiert, am 18. Mai die
 gebührende Antwort. Rockmats ist den Arbeitgebern die
 Hand zum friedlichen Vergleich geboten worden; sollten sie auch
 da den Arbeitern keine Gerechtigkeit widerfahren lassen, nun dann
 zeigt, was eine festgeschlossene Arbeiterschaft zu er-
 reichen in stande ist. Zeret ein in den Kampf für Gerechtigkeit!
 Gerechtigkeit wollen wir, nicht mehr, aber auch nicht weniger!“

Dieser Aufruf unterscheidet sich in nichts von der Sprache, wie
 sie die Klassenbewußten Arbeiter anwenden. Auch die Wirkung ist
 die gleiche gewesen. Die christlichen Bauarbeiter von Fulda sind in
 den Anstand getreten und die kirchlichen Unternehmer erklären ihren
 Parteigenossen den Krieg. Das katholische Blatt in Fulda ver-
 weigerte die Aufnahme von Zuschriften im Interesse der Bauarbeiter.
 Dafür steht es den christlichen Arbeitern grümmig den Text:

„Wir sind jederzeit für das Recht der Arbeiter, zur Hebung
 ihrer Verhältnisse sich zu vereinigen, eingetreten und wir
 haben und getreut, als hier in Fulda, um der socialdemokratischen
 Agitation den Boden zu entziehen, eine Organisation der Arbeiter
 auf christlicher Grundlage in die Wege geleitet wurde. Um
 so mehr müssen wir es bedauern, daß jetzt in diesem Flugblatt
 ein Ton angeschlagen wird, wie er sonst nur in socialistischen
 Blättern und Flugchriften üblich ist. Die maßlosen Ueber-
 treibungen des Flugblatts sind geeignet, der Arbeiterschaft
 die Sympathien ihrer wärmsten Freunde zu entziehen. Möge der
 vollständige Teil der Arbeiterschaft sich durch solche roten Flug-
 blätter nicht zu unbedenklichen Schritten und Beschlüssen ver-
 leiten lassen.“

Die Fuldaer Arbeiter werden nun einsehen, daß es auch bei
 kirchlichen Parteigenossen keine Harmonie zwischen Unternehmern und
 Arbeitern giebt. Alle Christlichkeit fliegt wie Spreu in die Luft und
 übrig bleibt der unveröhnliche Gegensatz zwischen Ausgebeuteten
 und Ausbeuteten. —

Die Notwendigkeit der lex Heinze kam uns, so schreibt uns
 ein Leser, gestern so recht zum Bewußtsein. Gingen wir da, nichts
 Schlimmes ahnend, die Behrenstraße entlang, als uns plötzlich an
 ihrer Kreuzung mit der Markgrafenstraße etwas ganz Entsetzliches
 geschah. An belagter Kreuzung liegt die katholische Special-
 Buch- und Kunsthandlung von Wilhelm Homborg, vorm.
 Schoppmeier. Unwillkürlich wandten sich, wie das auch sonst bei

Spaziergängen in den Straßen Berlins öfters geschieht, unsere Augen den beiden Schaufenstern der genannten Buchhandlung zu. In dem einen Schaufenster hatten wir nichts auszuweisen, im Gegenteil — fanden sich doch hier ausschließlich Erzeugnisse einer christlich-kommen Kunst, wie Heiligenbilder, Kränze, Rosenkränze usw., neben Schriften mit erbaulichen Titeln, wie: „Die einzige Dauer der Höllestrafen“, „Die Wunder von Lourdes“, „Die Demission“, „Der katholische Student“ u. Höchstens erdröhen dagegen prallen wir von dem andern Schaufenster zurück. Hier sahen wir nämlich lauter Bilder, die uns das grelle Rot der Empörung in die Wangen trieben. Wir nennen nur die Unterstitzen einiger von jenen Bildern: „Die Rächthall“ (eine junge Dame im Neglige, mit einer Gitarre), „Aber Wein und junge Liebe“, „Was ist“ (nicht weniger als acht junge Mädchen, denen die sündige Leibeslust nur so aus den Augen blüht), „Ein Fest bei Lucullus“ (höchst ärgernis-erregend), „Leichtes Gesicht“ und „Besieg“ (zwei ländliche Szenen, die sehr tief bilden lassen), „Auf Wiedersehen“, „Der Storch“ usw. Die Feder vermag uns beinahe bei der Aufzählung dieser Bilder, die, ohne unzüchtig zu sein, doch bei den jungen Leuten der benachbarten Banngeschäfte entschieden Ärgernis erregen müssen. So weit ist die Sittlichkeit unserer Zeit schon vorgedrungen, daß sich selbst das gut katholisch-weisfährliche Herz eines Herrn Homborg nicht mehr vor dem ägenden Gift zu bewahren vermag! Es ist Zeit, allerhöchste Zeit, daß wir die lex Heinze bekommen.

Klerikaler Stil. Die „Augsburger Postzeitung“ schreibt gegen unser Stuttgarter Parteigang:
„Bei uns Christen gilt der als ein Schweinekerl, der täglich den Mund voll Unfugheiten hat, von den Taten wollen wir gar nicht reden. Und wenn wir den roten Wagen, der die „Tagewacht“ in Stuttgart zur Post bringt, sehen, so müssen wir sagen: Dies ist der größte Mistwagen des Königreichs Württemberg.“
Nun weiß man wenigstens, wie ein leutscher und frommer Stil aussieht. Wenn man täglich den Mund voll Mistwagen und Schweinekerl nimmt, so hat man damit die Keiserlichkeit ultramontaner Nüchternheit erreicht.

Die verbaute Kanalvorlage. Wie eine kapitalistische Interessentenliga ein kulturelles Werk unmöglich zu machen vermag, dafür legt folgende Mitteilung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ ein interessantes Zeugnis ab:
„Es ist hier bekannt geworden, daß industrielle Interessentenreise, welche selbst an der großen Wasserstraße des Rheins gelegen, einen von dem Kanalbau von ihnen beabsichtigten Wettbewerb ausschalten wollen, zur Verhinderung desselben zur Selbsthilfe geschritten sind oder zu schreiten beabsichtigen. Durch die Bebauung der Gelände der früher vorgezeichneten Linie ist diese unmöglich geworden. Werden in gleicher Weise die jetzigen Linien für den Dortmund-Rhein- und den Mittelrhein-Kanal an den wichtigsten Durchgangsstellen verbaute, so ist damit die dauernde Unmöglichkeit der Ausführung dieses großen Kulturwerkes herbeigeführt. Man vermutet nun, daß man mit dieser Arbeit begonnen hat. Die Gewerkschaft Gladbeck, hinter welcher sich eine der größten Unternehmerrfirmen in Ruhrort befinden soll, sucht bei Neumühl-Reiderich die Konzessionierung für große Hochöfen- und andere Anlagen nach, welche mitten in die Kanallinie hineingebaut werden müssen. Eine Kanalumgehung dieser Anlagen würde Millionen kosten. Wird nun die Kanalvorlage verzögert oder verjagt, so dürfte darauf gerechnet werden, daß die Konzessionierung seitens der Regierung nicht abgewiesen werden kann. Wir wissen, daß diese Sachlage an den leitenden Stellen nicht unbekannt ist, und wir vermuten, daß man sich nach beiden Seiten hin über die Bedeutung einer Verzögerung durchaus klar ist.“

Die Regierung wird unter solchen Umständen ja beweisen müssen, ob sie noch ernstlich an die Durchbringung der Kanalvorlage denkt oder ob sie vor den Agrariern und dem rheinischen Industrie- und Gewerkschaften will. Der arglistige Plan der letzteren beweist aber wieder einmal, mit welcher Straußlosigkeit jede einzelne kapitalistische Interessenten-Gruppe die Gesamtinteressen mit Füßen zu treten sich erdreißt.

Und das sind dieselben Gesellen, die beim rheinischen Flotten-Exercizium bis zum Erbrechen in nationalen Phrasen schwelgen. —

Wetterkunde im Dienst der Landwirtschaft. Offiziös wird geschrieben:
„In neuerer Zeit hat das Bestreben, die Wetterkunde weiter auszubauen und dem praktischen Leben, vor allem der Landwirtschaft mehr als bisher nutzbar zu machen, sehr an Boden gewonnen. Es soll zur Beratung über die Einführung eines wettertelegraphischen Dienstes für die deutsche Landwirtschaft binnen kurzem eine Konferenz nach Hamburg einberufen werden.“

Herr v. Buchta bleibt Leiter des Kolonialamts. Die „Augsburger Postzeitung“ schreibt: „In Ergänzung unserer früheren Meldung können wir nach Erkundigung an maßgebender Stelle mitteilen, daß von einem bevorstehenden Wechsel in der Leitung des Kolonialamts nicht die Rede sein kann; damit stellen sich auch alle Meldungen über Nachfolge des Dr. v. Buchta als mäßige Kombinationen heraus.“

Die Probe auf die Trunkfestigkeit der Besatzung der „rheinisches“ Torpedobootdivision ist noch immer nicht beendet. Der 11. steht noch immer in Seegehung. Ueber die neuesten Ereignisse der Wiltingerfahrt schreibt unser Rheinischer Bruder-Organ vom 10. Mai:
Die Agitationsflotte wird morgen vormittag zwischen 11 und 12 Uhr hier eintreffen. Die Stadtverordneten von Mannheim-Ludwigshafen fahren der Flotte auf einem gemeinschaftlich gemieteten Saluboot bis zur pfälzisch-besetzten Grenze entgegen und veranstalten dann mit ihren illustren Gästen eine feierliche Rundfahrt und Besichtigung der Hafenanlagen in Mannheim-Ludwigshafen. Die übrige Zeit des Tages ist dann, wie das Programm weiter besagt, Ludwigshafen gewidmet. Um 5 Uhr soll im Gesellschaftshaus das Festessen — das trocke Gedek zu 4 Mark, das nasse dürfte noch mehr kosten — anfangen. Am 2. Tage hat Mannheim die Ehre, die Gäste zu bewirten. Geplant ist ein Ausflug nach Schwetzingen und Heidelberg und abends Festvorstellung im Hoftheater. Der 3. Tag soll, wie amahend gefast wird, ein pfälzischer Festtag werden, weil verschiedene Herren Weingutsbesitzer in Dürkheim, Deidesheim und Reustadt die Offiziere und Mannschaften der Agitationskolonne eingeladen haben.

Wenn die Mannschaften und Offiziere nach Beendigung ihrer Agitationsreise nicht körperlich ruiniert sind, müssen sie aus Stahl und Eisen zusammengesetzt sein. Was ihnen zu leisten zugemutet wird, müßte selbst einen Gaul zu Grunde richten.

Höflich ist auch der Dithrambus, mit dem der Frankfurter „Generalanzeiger“ in unverfälschtem Eherlichem Geiste die Reklamefahrt besingt:
Mögen die Gemächlichen, die immer abseits stehen, ruhig von einer Reklamefahrt sprechen. Gewiß! Das soll sie sein. ... Wenn der Kaiser ... bis Strassburg hinaus zu einer eigentümlich ununterbrochenen Probe auf ihre Trunkfestigkeit seine blauen Jungen schickt, so ist das wieder ein löstliches Zeichen von psychologischen Verständnis für die Massen, um das ihn jeder Manager der Vorkriegszeit unter den Großen dieser Erde beneiden könnte. — — — Im Rhein ankern die Torpedoboots und gegenüber in der alten Taunusstadt beginnt die Festlichkeitswoche. Das ist das rechte Gleichnis. Wir erschauen ein Zeitalter der Medicer — unter der Hut eines Geschlechts von Wiltigern.

Warum noch etwas erschauen? Somit sich nicht unser Dichter-Major Lauf im Strahle eines allerhöchsten Medicercurtus? Und sind nicht unsere „blauen Jungen“ trübsel, trotz der ausgepöbelten Wiltigerlehre? —

Und Elsass-Lothringen wird uns geschrieben: Nach einer Mitteilung des Pöhlischen Telegraphenbureaus zeichnete der Kaiser bei der Mittagstafel auf Schloß Irlville am jüngsten Sonntag den

Saargemünder Großindustriellen Jaunez sowie den Reichstags-Abgeordneten des Kreises Saargemünd, Baron de Schmid, in besonderer Weise durch eine halbstündige Unterhaltung aus. Die beiden also Bevorzugten zählen zu den bekanntesten Namen des reichsländischen Rotabekanntnis, dessen weisheitsvolle politische Vergangheit gerade in dem ersten, dem „Rheinland-König“ und „Derzog von Lothringen“, einen typischen Repräsentanten hat. Die „Veröhnungs-Akte“ der Manteuffelschen Statthalterhaft hatte Herrn Jaunez in den kaiserlichen Staatsrat berufen, aus dem er jedoch nach Manteuffels Abgang wieder ausgeschieden mußte, im dann in die Reihen der entschiedensten Gegner der Nachfolger seines früheren Gönners auf dem Statthalterstuhl einzutreten. Die Februarwahlen des Jahres 1887, bei denen das neue Regime den Nachweis seiner germanisatorischen Befähigung erbringen sollte, fanden das ehemalige kaiserliche Staatsratsmitglied im ersten Treffen der protektionistischen Opposition, die ihn mit nahezu 20.000 Stimmen ohne Gegenkandidatur in den Reichstag entsandte. Auch im Landesausgange zu Strassburg, dessen Mitglied Herr Jaunez gleichfalls geworden, gefiel er sich in schroffer Opposition gegen das preussisch-deutsche Diktatorregiment, dem er bei jeder Gelegenheit das Wort eines besonderen Wagnisses ausstieß. Diese seine Abneigung gegen die politischen Zustände im Reichslande ging so weit, daß er bei den Reichstagswahlen von 1890 die Wiederwahl des Saargemünder Mandats mit der Begründung ablehnte, er wolle nicht mehr die Verantwortung für ein Regiment mittragen, das den Gefühlen und Rechten des Landes ins Gesicht schlug.

Wald darauf scheint jedoch der Geist der Erlösung über den grossen Industriemagnaten im lothringischen Schmalzweil gekommen zu sein und ihm zur Einsicht in die Vorgänge des Putschregiments in Elsass-Lothringen verholfen zu haben. Er reichte dem bisher so hart behandelten Gouvernement die Hand zur Veröhnung und fand bei diesem insofern auch verständnisvolles Entgegenkommen, als ihm seine früheren Sünden verziehen und er wieder in die alte Würde eines kaiserlichen Staatsrats eingesetzt wurde. Seither schallt das Lob unserer Regierung und die Versicherung der Loyalität seiner lothringischen Landesleute bei jeder Gelegenheit von den Lippen des Herrn Jaunez. Einen trefflichen Beweis politischer Charakterlosigkeit lieferte der einzige Volksintellektuelle, als er zu Anfang des Jahres 1897 anlässlich eines parlamentarischen Dinners beim Fürsten Statthalter, nachdem dieser der reichsländischen Oppositionspresse sein bekanntes Quos ego! entgegengebracht und ihn wegen ihrer Stellungnahme zur Kaiser-Welkenfeier mit Unterdrückung gedroht hatte, sich im Namen des Landesausganges erhob, um als dessen Vizepräsident dem Vertreter des Kaisers den Dank auszusprechen für die „freundlichen Worte“, die er an das Land gerichtet habe.

Die Reichstagswahlen von 1898 benützte Herr Jaunez dazu, um den elssisch-lothringischen Abgeordneten Maxime Colbus, der den Saargemünder Kreis seit 1893 vertreten hatte, aus dem Ratel zu heben und durch den seinen sozialpolitischen Anschauungen näher stehenden Baron de Schmid zu ersetzen, dem jetzt auf Schloß Irlville ebenfalls eine Auszeichnung durch den Kaiser zu teil geworden ist. Die Wahl de Schmidts ist vor kurzem vom Reichstag beanstandet worden und dürfte aller Voraussicht nach für ungültig erklärt werden. Der von der gegnerischen Seite eingereichte Wahlprotest hat den Beweis dafür erbracht, daß man in jenem Wahlschlupf seit den Jaunez-Schmidtschen Partei in der Wahl der Mittel keineswegs wählreicher zu Werke ging, als das in der politischen Atmosphäre des Königreichs Stamm der Fall zu sein pflegt.

Warenhaussteuer.
Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat den Regierungsentwurf betr. die Warenhaussteuer in vielen Punkten noch erheblich verschlechtert. So hat sie den Beginn der Steuer von 500.000 M. auf 300.000 M. herabgesetzt und die in der Regierungsvorlage vorgesehene Grenze für die Steuer nach oben (20 Prozent des gewerbesteuerpflichtigen Ertrags) gesenkt. Statt vier Warengruppen hat die Kommission deren fünf geschaffen und dem Handelsminister im Zweifelsfalle die Befugnis erteilt, mit bindender Kraft zu entscheiden, ob eine Ware zu einer dieser Gruppen und zu welcher sie gehört. Weiter hat sie in einem neuen § 8a bestimmt, daß der Inhaber eines Warenhauses durch die Zerlegung eines Betriebs in mehrere getrennte, selbständige Betriebe von der Entrichtung der Steuer nach Maßgabe des Gesamtumsatzes nicht befreit wird, wenn die begleitenden Umstände erkennen lassen, daß die Zerlegung in mehrere Betriebe behufs Verdeckung des Warenhandelsbetriebs stattfindet. Endlich hat die Kommission auch eine Pesterhebung der Zölle in Aussicht genommen. —

Ausland.
Cesreich-Ungarn.
Wien, 17. Mai. Der Ackerbauminister legte heute dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vor, durch welchen bezüglich der beim Kohlenbergbau in der Grube beschäftigten Arbeiter das Gesetz vom Jahre 1884 über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen bezüglich der Arbeitsdauer und der Sonntagsruhe beim Bergbau geändert wird. Der Gesetzentwurf verfügt, daß die Schichtdauer für die in der Grube Beschäftigten 9 Stunden nicht übersteigen darf. Der Beginn der Schichtdauer wird mit der Einsicht, das Ende mit der vollendeten Ansfahrt berechnet. Das Gesetz soll ein Jahr nach der Kundmachung in Kraft treten. Im Einlaufe befindet sich ferner eine Vorlage betreffend ein sechsmonatliches Budget-Provisorium.
Die erläuternden Bemerkungen der Regierungsvorlage, betreffend das sechsmonatliche Budgetprovisorium, bezeichnen die Inanspruchnahme einer sechsmonatlichen Frist damit, daß die Erledigung des diesjährigen Finanzgesetzes kann vor Ende des Jahres zu erwarten sei, wegen der Verzögerung der Arbeiten des Budgetausfusses, der vorgeschrittenen Zeit und der Delegations-tagung, sowie wegen der für den Herbst beabsichtigten Tagung des Landtags behufs Fertigstellung des Landesbudgets und Beschlußfassung der von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen zur Hebung der Landesfinanzen. —

Wien, 17. Mai. Das Abgeordnetenhause begann heute seine Sitzung um 11 1/2 Uhr vormittags, war aber um 2 Uhr nachmittags noch nicht in die Tagesordnung eingetreten, weil die Verlesung des Einlaufes noch fortanderte. —

Frankreich.
Der Ministerrat hat beschlossen, sofort in der ersten Kammer Sitzung am nächsten Dienstag eine große Verhandlung über die allgemeine Politik der Regierung hervorzuheben, wobei die Regierung eine entschiedene Bekämpfung der nationalistischen Bewegung ankündigt wird. Die Regierung will die Vertrauensfrage stellen.

Partei-Nachrichten.
Partei-Jubiläum. Am 26. Mai sind es 25 Jahre, seitdem die Einigung der deutschen Sozialdemokratie vollzogen wurde. Der Vereinigungsfesttag fand vom 22.—27. Mai 1875 in Gotha statt. Derselbe war von 120 Delegierten, von denen 78 zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und 58 zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehörten, besetzt. Die Verhandlungen gingen glatt vor sich. Am 27. Mai abends 11 1/2 Uhr konnte der Vorsitzende Hasenclever die Verhandlungen schließen, indem er das Gelingen des Einigungsvorganges konstatierte und auf die hohe Bedeutung desselben für die gesamte Arbeiterpartei hinwies. — Die Vereinigung war ein großer Triumph der sozialdemokratischen Sache in Deutschland. Daß der bis dahin bestandene Bruderkrieg schließlich so schnell, so allgemein und so ohne allen Widerspruch der Einigung weichen mußte, das war wesentlich eine Folge der von Lessendorf resp. seinen Auftraggebern ein-

geleiteten Verfolgungen, die beide Fraktionen gleich hart betrafen und die schließlich die kämpfenden eng zusammenführte zu einer einzigen, achtunggebietenden Kampfpartei. — In einer Reihe von Städten wird die 25jährige Wiederkehr des Einigungsfesttags seitens der Parteigenossen durch eine Feier begangen. —

Im Brazeffe Vitzgenau gegen unsere Parteigenossen werden in jedem Jahre von unsern dortigen Parteigenossen mit Blumen und Kränzen geschmückt. Im vergangenen Jahre waren die auf die Gräber gepflanzten roten Tulpen von den „Mäusen abgefressen“ worden. Unsere Dresdener Parteigenossen haben allerdings den Verdacht, daß der Unfug von zweibeinigen Mäusen ausgeführt worden ist; und da auch in jedem Jahre die Polizei den Graberschmutz durch Abschneiden der Schleifen, auch wenn diese noch so harmlose Widmungen enthalten, verstimmt, so haben die dortigen Parteigenossen beschlossen, Beschwerde hiergegen einzulegen und diese bis zur höchsten Instanz zu verfolgen.

Verhaftungen in Rußland. In der Nacht vom 11. auf 12. Mai sind in Petersburg zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Einzelheiten fehlen noch. So viel ist aber bekannt, daß die Verhaftungen im Zusammenhang mit der am 1. Mai alten Stils geplanten Feier stehen. Unter den Verhafteten befinden sich fünf Gymnasialisten. In Wlka sind am Sonnabend, den 12. Mai, fünf Mann verhaftet worden. In Jenerikostaw sind vor kurzer Zeit 16 Mann verhaftet worden.

Wie wir aus authentischer Quelle erfahren, sind die von uns aus der „Rein-Westf. Ztg.“ entnommenen Mitteilungen über die horrenden Verurteilungen der Warschauer Arbeiter, die an der Mai-Demonstration teilnahmen, der Wirklichkeit nicht entsprechend. Es ist uns vorläufig kein Urteil gefällt worden. Die verhafteten Studenten sind fast alle frei. Es sigen aber in den Gefängnissen ca. 500 Arbeiter.

Nachträglich werden uns die Namen der in Petersburg Verhafteten gemeldet. Es sind verhaftet: Sinewa, Schepolewa, Pheodorowitsch, Nikolskaja, Sotwitskaja, Kartschenskaja, Smanow, Prenewitsch, Smidowitsch, Prestwetow, Garin, Romanow, Krasloff, Polowinoff, Swertichowitsch, Simjen, Schuloff, Buschjess, Gled Nowikoff. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
— **Republikanische Abzeichen.** Die Banner und Gelfenlichter der Polizeibehörden senden jetzt wegen des Durchzugs unserer Genossen am 1. Mai fortwährend Strafmandate an Diebstahl wegen des Tragens solcher Abzeichen damals den Schulheuten notiert wurden, obgleich sie auf Befehl die Abzeichen sofort entfernten. Die Höhe der Strafmandate beträgt 15 resp. 9 M. Jedenfalls wird dagegen Berufung eingelegt.

Kommunales.
Stadtverordneten-Versammlung.
10. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Mai 1900, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden von dem Vorsteher Stellvertreter Rieckel geleitet.
Der Magistrat hat im Anschluß an den Beschluß der Versammlung vom 10. Mai beschlossen, dem Stadtv. Dr. Langerehan aus Anlaß seines 80. Geburtstags das Ehrenbürgerrecht zu verliehen.
Die Versammlung beschließt, bei Uebereichung der Urkunde sich durch den Vorstand vertreten zu lassen.
Von dem Stadtv. Hugo Sachs II und Genossen ist der Antrag gestellt:

Den Magistrat um Anstufung zu ersuchen, ob ihm authentisch bekannt geworden ist, daß der Großen Berliner Straßenbahn behördlich die Konzession bis zum Jahre 1949 erteilt ist, und welche Schritte der Magistrat zu ergreifen gedenkt, falls die Nachricht richtig ist.

Der Antragsteller hat dem Antrage eine ausführliche Denkschrift beigegeben, in welcher er zu dem Schluß kommt, daß die Voraussetzungen, von denen der Minister bezw. der Polizeipräsident bei der Erteilung der Konzession über 1919 hinaus ausgegangen ist, nicht zutreffen.

Stadtv. Hugo Sachs: Die in meinem Antrag erwähnte Kunde hat in der Bürgerschaft eine gewisse Verblüffung hervorgerufen; man fragt sich, welchen Zweck die Erteilung der Konzession auf 30 Jahre über den städtischen Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft hinaus verfolgt. Nach dem Kleinbahngesetz hat der Unternehmer die Zustimmung der Wegeunterhaltungspflichtigen beizubringen, und zwar vor Erteilung der Konzession; schon daraus ergibt sich, daß die Konzessionserteilung bis 1949 ohne die Zustimmung der Stadt ungesetzlich ist, denn diese Zustimmung ist kein Ausfluß des staatlichen Genehmigungsrechts, die durch irgend eine höhere Instanz ergänzt werden könnte. In der letzten Instanz würde event. allerdings der Minister unter Ausschluß des Rechtswegs zur Entscheidung zuständig sein. Eine „bedingte“ Konzession kann nicht vorliegen, denn die würde nach 1919 völlig in der Luft schweben, wenn der Minister die von der Stadt nicht erteilte Zustimmung nicht ergänzt. Jedenfalls aber scheint das Heimfallsrecht, welches sich die Stadt Berlin gesichert zu haben glaubt, gefährdet. Wenn wir 1919 mit der Gesellschaft ohne den Rückhalt des Heimfallsrechts verhandeln sollen, sind wir weit schlechter gestellt, wenn die Gesellschaft sich auf diese Konzession bis 1949 stützen darf. Angeblich ist der Anspruch Berlins deshalb ignoriert worden, weil gleichzeitig Verträge mit Vorortgemeinden vorliegen.

Stadtv. Heinrich Meubert: Bis heute nachmittags 3 Uhr ist mir eine authentische Nachricht nicht zugegangen. Unter allen Umständen scheint mir die Nachricht falsch zu sein, daß der Minister die Konzession erteilt hätte; denn die Konzession wird nur der Polizeipräsident erteilen. Ob der letztere die Zustimmung erteilt hat oder erteilen wird, darüber steht jede Nachricht noch aus; damit fällt der erste Teil des Sachlichen Antrags hin. Erst auf Grund des amtlichen Materials wird der Magistrat Beschluß fassen können; zuerst wird die Verkehrsdeputation zur Keuzierung aufgefordert werden und deren Vorschlag dann die Grundlage des Magistratsbeschlusses bilden.

Der Antrag wird damit für einstweilen erledigt erklärt.
Der Antrag der Auflegung eines Nordparks von Berlin — Verpflanzung der sogenannten Wurzel- oder Rehberge — hat der Magistrat der Versammlung mitgeteilt, daß das von ihm aufgestellte Projekt nicht zur Ausführung gelangen könne, da die Forderungen der Grundeigentümer unverhältnismäßig hoch gewesen sind. Man hat nämlich mit der bekannten Uneigennützigkeit 11—12 M. pro Quadratmeter gefordert, so daß der Terrainwert allein 6 Millionen oder, das erforderliche in städtischem Besitz befindliche Terrain nach demselben Maßstabe mitgerechnet, sogar 9 Millionen in Anspruch nehmen würde. Danach würden dank dieser Verthätigung des Gemeinwits der betreffenden Grundeigentümer die liebliche Abbederei und die städtischen Abbladesäge auch für die Zukunft dem Norden Berlins erhalten bleiben. Mit dem Plan der Verbesserung der Rehberge will sich der Magistrat indessen weiter beschäftigen und zunächst die Grundeigentümer, auf deren Grundstücken sich Aufsaub befindet, auf Grund der grundbuchlichen Verpflichtung derselben zur Beseitigung des Aufsaubes event. im Wege der Klage anhalten.

Stadtv. B. Gerike giebt der Verthätigung der Bevölkerung des Nordens über dieses negative Ergebnis Ausdruck. Der Magistrat habe übrigens gar nicht daselbe Terrain ins Auge gefast, welches die Fremde einer solchen Paranlage im Norden im Sinn hatten; letztere hätten gerade das Terrain nördlich der Abbederei und der Wühlberge gemeint, was zu 1/2 der Stadt gehöre. Allerdings müßten auch die Wühlberge und die Abbederei verschwinden. Auch Teile der Gemeinde Reinickendorf und der Schäferei müßten in die Anlage

entzogen werden. Medner beantragt Einsetzung einer gemischten Deputation.

Stadt. Hinge: Wer die sandige Gegend des Nordens kennt, der muß mit dem Vordere der Meinung sein, daß hier Wandel geschaffen werden muß. Ich möchte um Auskunft bitten, ob die Gemeinde Reinickendorf das angrenzende Terrain kostenlos hergeben wird. Wenn der Magistrat mit den beabsichtigten Schritten gegen die Umzieger vorgeht, dann werden sich diese auch herbeilassen, ihr Terrain billiger anzubieten. Wir stimmen der Einsetzung einer gemischten Deputation zu.

Stadt. Dünse spricht sich in gleichem Sinne aus. In die Jungferneide dürfe man nicht mehr hinein, die habe der Militärkolon bis Plogensee herum mit Drahtzäunen abgesperrt; der Norden brauche frische Luft und es müsse hier von Stadt wegen eine neue Länge geschaffen werden. Der ungläubliche Preis von sechs Millionen sei dadurch entstanden, daß die Grundeigentümer auf das Rathaus geladen und dort von einem Magistratsdiplomaten vernommen worden seien, welchen Preis sie für ihre Grundstücke stellen; da hätten sie denn das Gehörte gefordert. Die Sache dürfe nicht fallen gelassen werden, bei einer andern Behandlungsweise der Geldfrage werde sich schon etwas Acceptables erreichen lassen.

Stadt. Kallisch: Der Magistrat hat die Sache einfach beiseite geschoben, obwohl der Norden einer solchen Anlage unzweifelhaft dringend bedarf, auch die Abbederei endlich beseitigt werden muß. Die Sache muß energisch weiter verfolgt werden. Ich stimme der Einsetzung der gemischten Deputation zu.

Stadt. Ramslau: Wir haben die Sache eingehend geprüft, aber die Kosten scheinen uns zu hoch. Reinickendorf hat uns nur platonisch seines Wohlwollens versichert. Sie wollen doch auch einen Berliner, keinen Reinickendorfer Park.

Stadt. Dünse: Wir brauchen nicht 11-12 M. pro Quadratmeter zu bezahlen, wir bekommen ihn für 1 M. und noch darunter, wenn wir nur wollen. Der ursprüngliche Entwurf der Baudeputation war vorzüglich; der Fehler ist erst mit der Hinausschraubung des Preises in der Grundbesitzungs-Deputation gemacht worden.

Stadt. Haberland: Wenn wir in den Bedauungsplan einen Park aufnehmen und für ihn das Enteignungsrecht nachsuchen (Heiterkeit), kommen wir viel einfacher mit der Sache zu Rande.

Der Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Sache mit der Versammlung in gemischter Deputation zu beraten, wird angenommen.

Die Stadt. Friedländer und Gen. haben folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, scharfsinnige Maßnahmen zu treffen, um die so überaus lästige und ungeliebte Staubentwicklung in den Straßen soweit irgend möglich zu verhindern.

Nach kurzer Begründung des Antrags durch den Antragsteller, der auf die zu dieser Frage im vorigen Jahre beschlossenen Resolutionen hinweist, tritt Stadt. Hugo Sachs u. a. auch im Interesse der Stadler dem Antrage entgegen.

Stadt. Mielenz: Seit dem 7. Mai wird die Straßenreinigung wieder in der alten Weise betrieben, die seiner Zeit gerade zu den Klagen über zu große Wassererschwendung geführt hat. Der Antrag ist also gegenstandslos geworden. Die seiner Zeit gegen die sogenannten Wasserrohrkosten beschlossene Resolution haben wir praktisch vor dem 7. Mai auszuführen versucht, aber mit unzulänglichem Erfolge; die Verluste sollen wiederholt werden.

Stadt. Cassel: Die ungläubliche Staubentwicklung in den ersten Wäldern ist höchst lästig. Wenn auch am Tage der Einbringung des Antrags 21 Grad Reaumur im Schatten herrschten, so ist doch damit, daß die Hitze nachgelassen hat, der Antrag nicht erledigt, denn 20 und mehr Grad Hitze werden wir in diesem Sommer noch öfter erleben.

Stadt. Rommensen hätte lieber gesehen, wenn die Antragsteller sich zunächst an den Magistrat gewendet hätten. (Widerspruch.)

Stadt. H. Sachs: Der Magistrat hat in den Verordnungen vor dem 7. Mai am Tage einfach übersehen nicht sprengen lassen. Das war nicht die Absicht der von uns gefassten Resolution.

Stadt. Friedländer hält gerade mit Mühsal auf die Vermerkungen des Stadt. Rommensen seinen Antrag aufrecht.

Nachdem noch Stadt. Deter auf das massenhafte Sandstreuen auf der Feststraße hingewiesen, wird der Antrag angenommen.

Mit der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung über die Lage bezw. Verengung des höheren und mittleren städtischen Schulwesens hat sich der Magistrat einverstanden erklärt. Er wird fünf seiner Mitglieder deputieren. Die Versammlung wird von der nächsten Sitzung aus ihrer Mitte zehn Mitglieder in diese Deputation wählen.

Das städtische Grund und Verlegerstraße 33, Ede Birkenstraße 60/61, 1639 Quadratmeter groß, soll an den Malermeister Zeitzig für ca. 248 877 M. (1408 Quadratmeter Bonland a 163 M., 181 Quadratmeter Vorgartenland a 63 M.) freihändig veräußert werden.

Von der sozialdemokratischen Fraktion liegt der folgende scharfe Antrag vor:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er scharfsinnig Vorkehrungen treffe, um der zum Schaden der kleinen Abnehmer seit längerer Zeit erfolgten Einschränkung der Abgabe von Coals aus den städtischen Gasanstalten abzuhelfen.

Stadt. Zubeil: Schon seit geraumer Zeit macht sich auf unseren Gasanstalten Coalmangel bemerkbar. In der letzten Zeit ist dieser Mangel für viele kleine Leute zu einer wahren Katastrophe geworden. Die Leute müssen stundenlang warten; nachdem sie des Morgens früh angereist sind, muß gegen 11 Uhr ein großer Teil derselben die Anstalt wieder verlassen, ohne Coals erhalten zu haben. Selbst die städtischen Arbeiter auf diesen Gasanstalten, z. B. in der Anstalt III, können den Frisch den sie sonst zu billigerem Preise erhalten, auf drei Wochen nicht mehr bekommen. Der Dirigent der Anstalt hat sie ebenfalls abschlägig beschieden. In den Anstalten 2 und 3 bekommen sie nicht mehr Frisch, sondern Coals, weil der erstere von einigen Großunternehmern mit Beschlag belegt ist. Berlin hat doch in wirtschaftlicher Beziehung zuerst die Schwachen zu schützen. Im Oktober v. J. kostete der Coals noch 60 Pf., bald darauf ist er auf 1.10, 1.20 und jetzt auf 1.40 M. gestiegen. Ein Bericht, welches auf Wahrheit Anspruch machen zu können scheint, besagt, daß der Direktor unter städtischen Gasanstalten plötzlich in Verwaltungsgewalt eintritt und ein Magistrats-assessor an seine Stelle gesetzt wurde. Er soll einen Vertrag mit auswärtigen Abnehmern abgeschlossen haben, ihnen den Coals für 60 Pf. zu liefern. (Hört! hört!) Dieser Vertrag soll bis Ende Dezember d. J. abgeschlossen sein, so daß diese Coalsanleihe so lange nicht aus der Welt geschafft werden kann. Den Geschäftsleuten, die in der Nähe der Gasanstalten Wons für den Coalsverkauf erhalten, ist vor kurzem ihre Ration zur Verfügung gestellt worden, da sie für längere Zeit nicht auf Verkauf von Wons zu rechnen hätten. Das scheint auch darauf hinzuweisen, daß hinter dem Rücken des Anstaltordners solcher Vertrag abgeschlossen ist. Ich habe mich heute persönlich auf der Anstalt in der Gieselerstraße davon überzeugt, daß 8 vollgeladene Wagen Coals zur Abfahrt aus Berlin bereit standen; aber auf meinen Wunsch, Coals für mich wie seit Jahren dort zu erhalten, wurde mir bedeutet, ich müßte mich erst an die Kasse wenden, und dann würde ich günstigstenfalls 15 Hektoliter erhalten. Schon 1887 hat man in dieser Versammlung es als ein bitteres Unrecht gekennzeichnet, Coals für billigen Preis an Großunternehmer abzugeben und die kleinen Leute zu schädigen. Wenn man einen Einheitspreis für Gas durchführt, dann müßte man doch auch nicht mit diesem Feuerungsmittel solchen Schwachtreiben; Wucher darf mit einem so notwendigen Brennmaterial nicht getrieben werden. (Vorleser-Stellvertreter Michalek: Das Wort dürfen Sie nicht gebrauchen! Jurist: Es war ganz berechtigt!) Im gewöhnlichen Leben nennt man das Wucher, wenn man den Preis dem Großhändler auf 60 Pf., dem kleinen Mann auf 1.40 M. stellt. Beim Kleinhandel müssen die kleinen Leute 1.90-2.00 M. zahlen und man kann den Händlern diesen Preis nicht ver-

denken, denn sie müssen eben stundenlang auf der Anstalt warten, ehe sie Coals erhalten, und ihre Zeit ist auch Geld. Der Direktor Janke wirklich solche Verträge abgeschlossen, Verträge, die ich für null und nichtig erkläre (Lachen), so müßte die Stadt Berlin, selbst wenn ihr daraus Kosten entfielen, sie lösen, denn sie hat zuerst die Pflicht, für die eigene Bevölkerung Sorge zu tragen. Der Verwaltungsdirektor muß wissen, wie viel durchschnittlich in Berlin verbraucht wird, nur den überschüssigen Teil darf er anderwärts abgeben. Wir werden rechtzeitig in diesem Jahre einen Antrag einbringen, daß der städtische Coals in nächsten Jahre einen Einheitspreis erhält, daß die Verwaltung nicht mehr die Willkür hat, jederzeit einen andern Preis festzusetzen. Ueberweisen Sie unsern Antrag einem Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Stadt. Pregel beantragt, den Magistrat zu ersuchen, dafür sorgen zu wollen, daß Coals nach außerhalb nur in solchen Mengen verkauft werden darf, daß Berlin nicht darunter leiden muß.

Stadt. Ramslau: Nach dem Rezept des Herrn Zubeil läßt sich in der städtischen Verwaltung nicht arbeiten. Am 1. Juli 1899 war ein Coalsbestand von mehr als 1 1/2 Millionen Centnern vorhanden, der am 1. Oktober immer noch mehr als eine Million betrug. Dazu kam die große Produktion des Winters, monatlich rund eine halbe Million Centner. Durch diese riesigen Vorratslager hatten wir solche Inadequatitäten, daß wir außergewöhnliche Maßregeln ergreifen mußten, um uns davon zu befreien. Wir haben die städtischen Institute auf die Coalsfeuerung gekehrt, wir haben uns an die großen Industrien gewandt, die die Kohlenfeuerung in Coalsfeuerung umzuwandeln geneigt waren, und dann haben wir auch mit Großhändlern abgeschlossen. Da haben wir dann hübsch geräumt. Aber aber blieben die Kohlen aus England aus, der böhmische Streik entstand, der harte Winter trat ein. Diese drei Momente bewirkten eine sehr gesteigerte Nachfrage nach Coals. Dennoch wurden wir bis Ende März der Nachfrage gerecht. Dann trat ein Zustand ein, daß man gleichsam von der Hand in den Mund lebte. Ueber Ende dieses Jahres hinaus laufen keine Abfälle. Im laufenden Etatsjahr werden wir eine Coalsproduktion von 4 700 000 Centnern haben. Davon haben wir jetzt verschlossen 1 900 000 Centner. (Zurufe: Wie teuer?) Das ist unser Geschäftsgeheimnis (Wahl!), kein Geschäftsgeheimnis gibt dies Preis. In jener Zeit betrug der Coalspreis 80-90 Pf. Wir leben nicht auf einem Insel, der Coals hat einen Marktpreis; sind wir billiger mit dem Coals als die Konkurrenz, dann wächst der Ansturm auf uns ins Unerwartete. Von Wucher kann natürlich keine Rede sein. Von den erwähnten Gründen ist nichts wahr. Der Verwaltungsdirektor hat die Coalsverkäufe nach bestimmten von der Deputation gegebenen Normen zu bewirken. Es kommt dabei auf die Situation im vorigen Herbst an. Mit Ausnahme eines unbedeutenden Abschusses, der im Januar erfolgte, ist dieses Jahr kein Abschluß gemacht worden. Für die Empfehlung des Kontraktbruchs wird der Antragsteller hier keinen Besonnersatz finden. Daß die Wons zurückgezogen sind, besagt er, und gleichzeitig verlangt er für den ganzen Winter einen Einheitspreis. Wo bleibt dann der Wons, wo bleiben die Händler, die mit Wons handeln? Das ist doch der Witz, daß die Händler keine Agenten sind! Das feile dann ja fort. Die Wons haben doch bloß den Zweck, daß uns der Coals abgelaufen wird; aber in der jetzigen Zeit, wo wir uns des Ansturms nicht erwehren können, bedürfen wir keiner Agenten und haben jede Bevorzugung im Preise eingestellt. Mit dem Antrage auf Abschlußberatung wissen wir ebenso wenig anzufangen. Die heutige Situation können wir nicht ändern; mit jedem größeren Abschluß wird zurückgehalten.

Stadt. Pregel: Die Stadt hat nicht Wucher getrieben, die Stadt ist bei den Abschüssen hineingelegt worden. Das Gas-Kuratorium muß den Vorwurf hinhinnehmen, daß es auf den Berliner Bedarf keine Rücksicht genommen hat. Die Abschlässe sind doch erst im Winter gemacht worden und zwar für das ganze Kalenderjahr! Die städtischen Betriebe müssen jetzt eben so sehr darunter leiden wie die Privatnehmer. Wenn der Direktor ohne Wissen der Deputation die gesamte Produktion verschlossen hat, so ist das für uns eine Warnung, und diese führt direkt zu meinem Antrage. Es haben sich auch zahlreiche Dampfmaschinenbetriebe auf Coalsfeuerung eingerichtet, und nun können sie nicht einmal für 1.40 Coals bekommen. Hier wird uns plötzlich das Geschäftsgeheimnis entgegengehalten. Das sind doch keine Musterzstände.

Stadt. Zubeil: Die Antwort des Magistratsvertreter ist sehr interessant. Auskunft über den Preis bei den Abschüssen wird nicht erteilt, das ist Geschäftsgeheimnis! Wir haben doch ein Recht, derartige Verträge kennen zu lernen. Zugegeben müßte werden, daß der Coals bis zu Ende d. J. vergeben ist. Wir sind in die Kammer schon anfangs März hineingeraten, als die Anstalten noch weit stärkeren Betrieb hatten, als heute, wo mit jedem Tage die Gas- und Coalsproduktion zurückgeht. Der Preis von 1.40 laun daher auch nicht sinken, die kleinen Leute werden diesen horrenden Preis das ganze Jahr zu zahlen haben. Von den Abschüssen des Direktors Janke hat das Gas-Kuratorium keine Ahnung gehabt, es ist ja auch durchgefallen, daß es darüber zu sehr ersten Auftritten gekommen ist. Daß der Stadtrat die Verwaltung und den Direktor in Schutz nimmt, ist ja sehr lobenswert, aber den künftigen Direktor darf solche Vollmacht nicht eingeräumt werden, dazu wird wohl der heutige Tag mit beitragen, und es würde damit ein Teil der Verantwortung aus der Welt geschafft sein. Wenn Einheitspreis für das Gas hat sich Berlin doch noch nicht nach andern Kommunen gerichtet. Können die Kontrolle nicht aufgehoben werden, so müssen die Anstalten für die kleinen Abnehmer auf andre Weise sorgen. Die Agenten, die Wonsinhaber habe ich nicht verteidigt, sondern nur damit beweisen wollen, daß die Coalsknappheit eine außerordentliche ist.

Stadt. Ramslau erklärt auch den Antrag Pregel für unannehmbar. Es sei stets nur verschlossen worden, was sich als Ueberfluß über den voranschreitenden Berliner Bedarf ergab. Diejenige Bedarfs konnte man nicht im Voraus bestimmen. Im Dezember sei der Kohlenbedarf noch zu den alten Preisen zu decken gewesen; die Feuerung trat erst im Januar ein. Coals- und Gaspreis könnten nicht miteinander verglichen werden. Die Verträge seien nach den ergangenen Instruktionen von dem Direktor abgeschlossen worden.

Stadt. Singer: Ich möchte doch der Meinung entgegenzutreten, als wenn bei dem Verkauf von Coals gar keine Rücksicht auf die Bürgerchaft zu nehmen ist, sondern die Verwaltung ihren Coals so teuer als möglich verkaufen kann. Allerdings soll die Gasverwaltung nicht dabei Schaden machen, aber die Interessen der Stadt hat sie doch auch in Bezug auf ihre Einwohner in die erste Reihe zu stellen. Die Bürgerchaft, welche den Preis für die Kohlen zahlen muß, hat auch das Recht, bei dem Preise eines daraus gewonnenen Nebenprodukts berücksichtigt zu werden. In erster Linie also sollte die Bürgerchaft befriedigt werden; dann erst wäre der Verbleib nach außen hin angezeigt. Wann ist denn der große Vertrag geschlossen worden? (Stadt. Ramslau: Giebt's nicht!) Die Verträge sollen doch zuletzt im vorigen Dezember abgeschlossen sein, damals habe die Stadt ihre Kohlen noch zu mäßigen Preisen ankaufen können. Aber im Dezember war die Lage des Rohlenmarkts bereits eine sehr gespannte, damals waren die Ereignisse, welche später den Rohlenmangel bedingten, bereits im Auge. Hätten wir in der Gasverwaltung weitblickendere Männer gehabt, dann würden damals nicht für das ganze Jahr 1900 Abschlässe gemacht worden sein, die uns jetzt zwingen, zu teuren Preisen den Bedarf für die Bürgerchaft zu decken. Die Preise behält der Stadtrat Ramslau als Geschäftsgeheimnis für sich, obwohl doch durch die Mitteilung derselben jetzt kein Schaden mehr angerichtet werden kann. Die Versammlung aber hat ein Recht, zu erfahren, zu welchem Preise das Produkt an die Privatindustrie verkauft wird. Die Zurückhaltung des Stadtrats in diesem Punkte wird die wunderlichsten Ansichten im Publikum über die Sachlage verbreiten. Die Frage muß geklärt werden, deshalb beantrage ich eben Ausschlußberatung. Im Ausschuss wäre ja der vom Stadtrat gewünschte Ausschluß der Öffentlichkeit vorhanden; dort könnte er uns auch die Normen mitteilen, von denen

er gesprochen hat. Kollege Deter, Mitglied des Gas-Kuratoriums, weiß von diesen Normen und Verläufen nicht. Wenn rein geschäftlichen Standpunkte sind so lange Verträge zu niedrigem Preise doch gerade zu beanstanden. Alle diese Fragen bedürfen genauer Prüfung. Wo wozu sind wir denn da, wenn nicht dazu, solche Fragen, welche die Bürgerchaft erregen, hier zur Erörterung zu stellen? Sollte der Kerger darüber, daß wir gerade den Anstoss gegeben haben, dem Antrage diese scharfe Begrenzung zugezogen haben? Das würde man draußen nicht verstehen, die Verantwortung würde vielmehr zu einem Sturm des Unwillens sich auswachen!

Der Antrag wird nach dem Antrage Zubeil einem Ausschuss von 10 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 9/4 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterchaft Berlin und der Umgegend!

Seit dem 14. April befindet sich nahezu die gesamte Tabakarbeiterchaft von Finsterwalde im Auslande.

Die Tabakarbeiter fühlen, veranlaßt durch den Druck der immer mehr steigenden Wohnungs- und Lebensmittelpreise, das Bedürfnis, in ein Lohnbewegung einzutreten, umso mehr, da dort noch dieselben Löhne gezahlt werden, wie vor zwanzig Jahren. Gestützt auf den gegenwärtigen guten Geschäftsgang und den Stand der Organisation (von ca. 800 dort beschäftigten Personen gehören 500 dem deutschen Tabakarbeiter-Verband und ca. 100 dem Hirsch-Dumerschen Gewerksverein an) wurde auf Beschluß einer gemeinsamen Versammlung beider Organisationen den Fabrikanten der in der Versammlung beschlossene Lohnstarif unterbreitet.

Obgleich dieser Tarif nur eine ganz geringe Aufbesserung der bisherigen Löhne (75 Pfennig pro 1000 Stück Cigaretten) in sich schloß, fühlten sich die Fabrikanten veranlaßt, durch Aufschlag in ihren Fabrikaten folgende Erklärung abzugeben:

„Wir erklären hiermit, daß wir auf höhere Lohnforderungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht eingehen und in solchen Fragen überhaupt mit einer Kommission nicht verhandeln werden. Erwünschte Wünsche unserer Arbeiter und Arbeiterinnen sind wie immer den Arbeitgebern direkt vorzulegen.“

Die Vereinigung der hiesigen Cigarettenfabrikanten.

Trotz dieser scharfen Ablehnung versuchten die Arbeiter es dennoch, ihre Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln; jedoch vergeblich! So erfolgte dem am Ofterabend die Arbeitsniederlegung.

Arbeiter Berlins! Die dortigen Tabakarbeiter bestehen zu 1/5 aus weiblichen Personen; wenn trotzdem ein so geschlossenes Vorgehen zu verzeichnen ist, so ergibt sich wohl zur Genüge, in welcher menschenwürdigen Lage sich die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen befinden.

Die unter solchen Verhältnissen hergestellten Fabrikate werden nahezu ausschließlich in Berliner Restaurationen, Fabriken und Konsumvereinen verkauft. Wir glauben im Sinne der Arbeiterschaft Berlins zu handeln, wenn wir hiermit die Aufforderung an sie ergehen lassen, beim Einkauf ihrer Cigaretten und Tabakfabrikate darauf zu achten, daß dieselben nicht aus Finsterwalder Fabriken herkommen.

Diesem Fabrikanten, welche bis jetzt und nachträglich den Tarif bewilligten, werden seitens der Kommission der Berliner Tabakarbeiter im Inseratenteil des „Vorwärts“ Donnerstags und Sonntags veröffentlicht.

Arbeiter Berlins! Achtet auf die Veröffentlichung und verheißt dadurch den streikenden Tabakarbeitern und Arbeiterinnen zum Siege.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Deutsches Reich.

Der Breslauer Tischlerstreik hat den Erfolg zu verzeichnen, daß bis jetzt in 12 Betrieben, darunter einigen größeren, die Forderungen zugestanden sind. Die Modellisten werden sich gleichfalls dem Ausstand anschließen, sie haben folgende Forderungen aufgestellt: 1. Eine tägliche Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden. 2. Ein Minimal-Stundenlohn von 35 Pf. 3. 20 Proz. Zuschlag zu den jetzt bestehenden Wochenlöhnen. 4. Abschaffung sämtlicher Accordarbeit. 5. Abschaffung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Sind solche abhört notwendig, 50 Proz. Zuschlag. 6. Für Stadtmontage sind pro Stunde 10 Pf. Zuschlag zu gewähren.

Die Baukempner in Brandenburg a. H. sind in den Streik eingetreten. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit, Minimallohn von 40 Pf., für Ueberstunden 25, für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag. Für Arbeiten außerhalb des Stadtbezirks 1.50 M. Zulage pro Tag und Abschaffung der Accordarbeit. Die Beteiligten sind sämtlich organisiert. Vier Meister mit 12 Gefellen haben die Forderungen bewilligt. Es wird gebeten, den Zugang von Kempnern nach Brandenburg a. H. fernzuhalten.

Wegen Lohnreduktion haben die Weber der Firma Rait Gustav Eise in Porsitz die Arbeit niedergelegt.

Die Leipziger Bäcker haben heute mit 448 gegen 102 Stimmen beschlossen, in den Streik zu treten, nachdem ihre Forderungen von der Innung wie von den einzelnen Meistern abgelehnt worden sind. In der Hauptsache wird die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister und an dessen Stelle ein Wochenlohn von 18, 21 und 24 M. gefordert. Die Arbeit ist sofort eingestellt worden. Bewilligt haben bisher 8 Geschäfte. Die Konsumvereins-Bäcker sind am Streik nicht beteiligt, weil hier die Forderungen schon längst erfüllt sind.

Maurerstreik in Fulda. Nachdem die Vermittlungsversuche zwischen den Meistern und den Gesellen erfolglos geblieben waren, haben jetzt die christlichen Maurer nach ordnungsmäßiger Kündigung den Streik beschlossen. Auf dem großen Marienberglande, wo sie eine weitere Abteilung Artillerie die Gebäulichkeiten zum größten Teil noch herzustellen sind, sieht es öd und leer aus, nachdem rund 300 Maurer infolge Verweigerung der Annahme ihres Lohnstarifs seitens der Bauunternehmer die Arbeit niedergelegt haben. Selbst das Eingreifen von geistlichen und kommunaler Seite hat die Lohnbewegung von dem äußersten Schritte nicht abzuhalten vermocht.

Die Pfäferser in Köln a. Rhein sind in den Ausstand getreten. Die Ursache des Ausstands ist die Einführung des Stundenlohnes an stelle des bisherigen Tagelohnes. Die Arbeiter würden in den kürzeren Tagen im Frühjahr und besonders im Spätherbst eine Schmälerung ihres bisherigen Verdienstes erleiden. Eine Einigung vor dem Gewerbegericht haben die Unternehmer abgelehnt.

Sociales.

Die Achtung der Unternehmer vor dem Gesen. Allerdings sind die Unternehmer dabei, die geringen Vorteile, die das bürgerliche Gesetz den Arbeitern in ihrem Arbeitsverhältnis bringen sollte, wieder illusorisch zu machen. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt bekanntlich, daß ein Arbeiter, der ohne sein Verschulden auf eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Dienstleistung verhindert wird, seines Lohns nicht verlustig gehen soll. Wie die Berliner Kassenkammer-Vereinigungen, so haben sich auch andre Unternehmer-Verbände durch Forderungen der Verträge gegen diesen Paragraphen gesichert. Jetzt ist es wieder der Mannheimer und Ludwigs-hafener Unternehmer-Verband, welcher seinen Arbeitern Verträge aufzotrohiert, durch die die Arbeiter um ihr Recht geprellt werden sollen.

Noch weiter gehen in dieser Beziehung die sächsischen Unternehmern. Der § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verbietet die Aufrechnungen auf den Lohn; auch Geldstrafen und Schadenersatzansprüche dürfen vom Lohn nicht abgezogen werden. Nun hatte die Maximilianhütte bei Zwickau in ihrer Arbeitsordnung bisher eine Bestimmung, welche lautete:

Die Geldstrafen werden durch Lohnabzug eingezogen und fließen in die Betriebs-Krankenkasse des Werkes. Dieser Paragraph hat nun die Verwaltung durch folgenden neuen § 34 ersetzt, welcher lautet:

Die Geldstrafen fließen in die Betriebs-Krankenkasse des Werkes. Zur Sicherung der Geldstrafen, der Schadenersatzansprüche und der Ansprüche aus § 18 unserer Arbeitsordnung ist jeder Arbeiter verpflichtet, eine Kautionssumme in Höhe des wöchentlichen Durchschnitts-Arbeitsverdienstes bei der Werkkasse zu hinterlegen.

Das ist eine offenbare Verhöhnung des Geistes des Gesetzes. Das Vorgehen der Unternehmer beweist, wie wenig überflüssig die Urtheile waren, die darauf abgingen, die Umgehung des Gesetzes durch Privatverträge für strafbar zu erklären.

Zur Freiheit des Arbeitsvertrages. Der Schiffsfabrikant Georg Vogel in Detmold (Lippe) hatte, wie J. berichtet, den Arbeitern seines Establishments den Besuch einer in dessen Nähe gelegenen Gastwirtschaft verboten, weil er den Inhaber derselben für einen Socialdemokraten hielt und sich als Arbeitgeber für verpflichtet erachtete, zu verhindern, daß, wie er meinte, seine Arbeiter von den socialistischen Ideen des Gastwirts „angesteckt“ würden. Der letztere klagte wegen des ihm durch das Verbot zugesügten Schadens gegen den Fabrikanten Vogel auf Erlass, wurde aber am 21. December v. J. vom Amtsgericht Bader mit seiner Klage abgewiesen. Auf hiergegen eingelegte Berufung hat sich nunmehr auch das Baderer Landgericht der Entscheidung des Vorderrichters angeschlossen und das abweisende Erkenntnis im wesentlichen folgendermaßen begründet.

Gerichts-Beitrag.

„Wir haben ja so viel Geld“. Die Angelegenheit des in weiteren Kreisen bekannten Schlächtermeisters Otto Hering beschäftigt gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Hering steht unter der Anklage des betrügerischen Bankrotts, neben ihm haben sich seine Ehefrau Agnes geb. Dörbandt und deren Bruder, der Schlächtermeister Hermann Dörbandt wegen Beihilfe zu verantworten. Den Vorsitz führt Landgerichtsrath C. Schulze, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Hirschfeld, die Verteidigung führt Rechtsanwält Dr. Schwandt. Hering, der seit dem 24. Januar in Untersuchungshaft sitzt, ist jetzt 52 Jahre alt. Er betreibt seit 30 Jahren das Schlächtergeschäft und zwar lange Zeit mit großem Erfolge. Vor Jahren konnte er bei einer Vernehmung vor Gericht das J. Z. geflügelte Wort aussprechen: „Wir haben ja so viel Geld!“ und seine Mittel erlaubten es ihm auch, in den ersten Entwicklungstadien der Weisenfelder Eisenbahn sein Interesse für den Traberisport in bedeutendem Maße zu betreiben. Hering hatte zuletzt ein Lodengeschäft in der Invalidenstraße 31 mit einer Filiale in der Amentstr. 30. Seine jetzige Ehefrau war früher in seinem Geschäft Kammerfrau; er hat sich mit der jetzt 24jährigen im Jahre 1898 verheiratet, nachdem seine erste Ehe geschieden worden war. Die Scheidung ist auf seinen Antrag erfolgt, weil nach seiner Behauptung seine Frau ihn verlaunet habe. Er betreibt zuletzt sein Geschäft mit 3 und 4 Gefellen, sein Verfall ließ ihm auch bis in die letzte Zeit hinein noch die genügende Zeit, um die Rembahn zu besuchen und auch seiner Leidenschaft zum Spiel zu fröhnen. Nach seiner Behauptung ist ihm einmal bei solcher Gelegenheit ein Tausendmarkstein abhanden gekommen und zwar hat man ihn nach seiner Darstellung betrunken gemacht und ihm dabei das Geld weggenommen. In letzter Zeit ist sein Geschäft durch erlittene geschäftliche Verluste und infolge der Scheidung von seiner ersten Ehefrau zurückgegangen und Hering kam in Schwierigkeiten, so daß sich in der Zeit vom Oktober v. J. bis zum Januar d. J. eine Schuldenlast von 1720 M. aufsummierte. Er hat von der Höhe dieser Schulden keine rechte Vorstellung gehabt, denn er führte keine Bücher und kontrollierte den Wechselverkehr, in den er sich hinein begeben mußte, durch einfache Notizen. Die Anklagebehörde behauptet nun, daß Hering, als er merkte, daß es mit ihm immer weniger wurde, mit seiner Ehefrau den Entschluß gefaßt habe, das Geschäft mit seinen Waren an Dörbandt zu veräußern. Letzterer ist alles Mögliche gewesen, bloß nicht schlächter. Angeblich hat er in letzter Zeit in Neudamm die Schlächtereierlernt, um hier in Berlin ein Schlächtergeschäft aufmachen zu können. Ihn erfaß Hering als Ketter in der Not, er ließ ihn von Neudamm nach Berlin kommen und bald war Dörbandt Eigentümer des Geschäfts. Am 20. Januar teilte Hering seinen Gläubigern mit, daß er sein Geschäft an Dörbandt abgetreten habe, halber aufgegeben und hat sie um Nachsicht. Am 22. Januar richtete er alsdann ein Schreiben an seine Gläubiger, in welchem er ihnen anbot, 10 Prozent auf die Forderungen „behuft Verminderung noch größerer Schädigung seiner Gläubiger“ zahlen zu wollen, da ihm weder am Geschäftsinventar, noch an dem Mobilien irgendwelche Rechte zuständen. Der Antrag eines Gläubigers auf Eröffnung des Konkursverfahrens mußte zurückgewiesen werden, da eine genügende Masse nicht vorhanden war. Die Anklage hält die ganze Geschäftsbücherei an Dörbandt für ein schönes Manöver, um das Geschäft mit seinen Waren dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. Hering hatte seiner Zeit mit seiner jetzigen Ehefrau einen Ehevertrag geschlossen, wonach sowohl die Wohnungs- wie die Loden-einrichtung Eigentum der Frau Hering war. Die Anklage behauptet, daß Dörbandt gar nicht das genügende Geld gehabt habe, um einen solchen Kauf abzuschließen und daß es auch nicht wahr sei, daß Frau Hering ihm zu seinen eigenen Ersparnissen noch aus ihrem Vermögen zugegeben habe. Die drei Angeklagten behaupten dagegen, daß das Geschäft hauptsächlich an Dörbandt verkauft worden sei und daß letzterer den für das Geschäft und die Waren vereinbarten Preis von 2483 M. bar bezahlt habe. Hering erklärt, das Geld sei ihm, nachdem er einen Tag in leitfertiger Gesellschaft zugebracht hatte, gestohlen worden.

Staatsanwalt Hirschfeld beantragt das Schuldig gegen alle drei Angeklagte, gegen den Ehemann Hering unter Ausschluß mildernder Umstände. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage mit Bezug auf Hering unter Verlesung von mildernden Umständen, die beiden andren Angeklagten wurden für nichtschuldig erklärt und demgemäß freigesprochen. Hering wurde zu 1 Jahre 6 Monaten Zuchthaus und dreijährigem Ehrverlust verurteilt.

Eine Klage wegen Entführung wurde gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen die Arbeiter-Ehefrau Wilhelmine Dombrowski verhandelt. Im Jahre 1891 wurde der Angeklagten von der Polizeibehörde ein unehelich geborener Knabe zur Pflege anvertraut. Sie behielt denselben 8 Jahre bei sich und gewann ihn so lieb, als wenn er ihr eigenes Kind gewesen wäre. Dann mußte sie den Knaben aber mit schwerem Herzen fortgeben, denn dessen Mutter heiratete nach Berlin und wollte ihr Kind mitnehmen. Als die Angeklagte im vorigen Jahre bei ihrer Schwester in Charlottenburg zum Besuch weilte, erfuhr sie, daß ihr ehemaliger Pflegling von seinen Eltern sehr hart behandelt werde. Sie begab sich nach der Gemeindefürsorge, die der Knabe besuchte, wo es ihr gelang, ihn zu sprechen. Aus seinem eigenen Munde erfuhr sie, daß er tatsächlich viel Prügel und wenig Essen bekomme und gern wieder zu seiner früheren Pflegemutter zurück wolle. Die Angeklagte gab seinen Bitten nach und nahm ihn ohne weiteres mit nach Jüterburg. Der Gerichtshof verurteilte nicht, daß die Angeklagte aus gutem Herzen gehandelt, aber daß dabei etwas List angewendet habe. Sie wurde zum niedrigsten Strafmaß — 1 Tag Gefängnis — verurteilt.

Namensliche Grausamkeiten, die fast das pathologische Gebiet streifen, hat in Chemnitz eine gegen mehrere Knaben geführte Gerichtsverhandlung zu Tage gefördert. In Stolberg war ein Schüler der dortigen Realschule, der 13jährige Sohn des Strumpfmachers Kostitz in Wismuth von den Mitschülern, die mit ihm in einer Pension lebten, auf abscheuliche Weise gepeinigt worden.

Kostitz wohnte mit dem noch strafmündigen Schüler Reubert aus Jahnsbach, dem am 4. Juni 1883 geborenen Richard Kurt Kunzmann aus Niedersberg und dem am 15. Oktober 1887 geborenen Richard Bruno Grüner aus Erbsach bei einer Beamtenwitwe. Die Wengel hatten unzüchtige Gespräche geführt, an den sich auch Kostitz beteiligt hatte. Dies gab den andern Gelegenheit, einen gewissen Druck auf ihn auszuüben. Unter der Drohung, man werde ihn dem Superintendenten zuführen, wurde er veranlaßt, den Dreien allerhand Geldente zu machen, und schließlich forderten die Burschen noch bares Geld. Der Junge stahl nicht, wie ihm nahegelegt war, sondern räumte bei dem Weihnachtsbesuch im Elternhaus seine Sparbüchse aus und gab das Geld den drei Burschen. Dies war den Beigern nicht genug und nun mißhandelten sie den armen Knaben in furchtbarer Weise. So mußte er seinen Haaren und die Hüften etwa eine Viertelstunde mit ausgebreiteten Armen halten und bekam Schläge, wenn er die Arme hinken ließ. Schließlich drück der Junge vor Erschöpfung zusammen. Die bestialischen „Freunde“ aber, denen Kostitz zur Vermeidung von Schlägen die Titel „Baron“, „Regierungsrat“ und „Exzellenz“ beilegen mußte, schickten ihn dadurch aus, daß sie ihn zwangen, Seife und Kohle zu essen. Am Abend des 15. Januar nahmen die Mißhandlungen einen besonders grausamen Charakter an. Zunächst mußte Kostitz auf einen in der gemeinsamen Schlafkammer befindlichen Balken Klettern und erhielt, als er von dem Balken herunterfiel, von den drei Knaben mit den Fäusten und der scharfen Seite des Lineals heftige Schläge, hierauf zwangen sie ihn, wieder Seife und Kohlen zu essen, hielten ihm brennende Stearinkerzen an die Fußsohlen und andre Körperteile und verbrannten ihn so nicht unbedeutend; ferner zwangen sie ihn, zweimal je einen halben Liter Urin aus dem Nachtgeschier zu trinken und hierauf den Finger so lange in den Hals zu stecken, bis er sich erbrach. Sie schrien ihn mit Stednadeln, bis Blutungen erfolgten und zwangen ihn schließlich, ihren ihm ins Gesicht gespienen Auswurf zu verschlucken. Endlich mußte der arme Junge nach den schenlichen Mißhandlungen, die sich von 1/10 bis 11 Uhr nachts hinzogen, noch zwei Stunden splittertadeln in der kalten Kammer liegen, bis seine Hände eingeschlafen waren. Die schrecklichen Mißhandlungen setzten sich am nächsten Morgen fort, ja sie steigerten sich noch dadurch, daß der Knabe schmutziges Waschwasser trinken und verfaulte rohe Kartoffeln essen mußte. Man warf ihm sogar Kagenot in das Essen. Als der mißhandelte Junge infolge von Fingerringen in den Unterleib zusammenbrach, stielte sich der große Kunzmann mit beiden Füßen auf den Rücken des armen Knaben. Auch auf dem Schulwege wurde Kostitz mißhandelt, so daß er schließlich kahllos liegen blieb und von mitleidigen Schulkameraden auf dem Hausbalken nach der väterlichen Wohnung gebracht wurde. Der eiligt herbeigerufenen Arzt fand den bedauernswerten Jungen am ganzen Körper mit blutunterlaufenen Schwielen bedeckt, während sich am Leib eine ganze Anzahl Brand- und Stichwunden befanden. Die Herstellung des Knaben nahm mehrere Wochen in Anspruch. Das Gericht verurteilte den Kunzmann mit 1 Jahr 6 Monaten, den Grüner mit 9 Monaten Gefängnis; ferner haben beide an den Verlesenen eine Buße von 500 M. zu zahlen. Kunzmann wurde sofort in Haft genommen.

Arzt und Arzneihandel. Ein jetzt vom Kammergericht erledigtes Strafverfahren gegen den praktischen Arzt Dr. Hoesch ist in mehrfacher Beziehung interessant. Dr. Hoesch betreibt neben seiner ärztlichen Praxis hier in der Korfstraße eine Kurbadeanstalt für seine Patienten. In dem Kassenraum der Anstalt werden gewisse Heilmittel aufbewahrt, die von der Kassiererin an die Patienten nach Verrechnung eines von Hoesch ausgefertigten Rezepts gegen ein Entgelt verabreicht werden. Bei einer behördlichen Revision wurden jene Mittel gefunden. Ein Sachverständiger bezichtigte einige davon als zum Zweck der Heilung dienend, so zum Beispiel Kalkbammrinde, Berentzlaubblätter und Ginkgo. Dr. Hoesch wurde dann wegen Vergehens gegen den § 367 Nr. 3 des Reichs-Strafgesetzbuchs und gegen die Apothekerordnung vom 11. November 1891 angeklagt. Man warf ihm vor, daß er fortgesetzt Arzneien, mit denen er als Arzt nicht hätte handeln dürfen, verkauft und an andre überlassen habe. Der Angeklagte machte dagegen geltend, daß es sich hier überhaupt nicht um Heilmittel, sondern lediglich um diätetische Genußmittel handele. Das Schwurgericht sprach H. aus frei, worauf die Staatsanwaltschaft Berufung einlegte und beantragte, H. eventuell wegen Vergehens gegen § 147 Nr. 1 der Gewerbe-Ordnung zu verurteilen, weil der Arzneimittel-Verkauf als besonderes stehendes Gewerbe ohne die erforderliche polizeiliche Genehmigung begonnen worden sei. Das Landgericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Das Gericht nahm mit dem Sachverständigen an, daß sich unter der festgehaltenen Mittel aus Arzneimittel (Kalkbammrinde etc.) befinden hätten. Die angeführten Arzneien seien aber in der kaiserlichen Verordnung vom 27. Januar 1890 unter A und B nicht aufgeführt. Darum und aus § 6 Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung folge, daß diese Arzneimittel dem freien Verkehr überlassen seien, mithin von jedermann verkauft werden dürfen. Der Angeklagte habe auch als Arzt nicht davon Abstand nehmen brauchen, denn der § 14 der revidierten Apothekerordnung von 1891 bestimme nicht mehr zu Recht, daß § 6 Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung bestimme, daß durch kaiserliche Verordnung bestimmt werden solle, welche Apothekerverordnungen dem freien Verkehr überlassen seien. Wenn nun in Ausführung dieser Bestimmung die kaiserliche Verordnung vom 27. Januar 1890 diejenigen Waren einzeln aufzähle, welche nur in Apotheken feilgehalten werden dürfen, so sei damit eine reichsgesetzliche umfassende Regelung des Verkehrs mit Arzneien erfolgt. Damit seien alle dem entgegen stehenden landesgesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der § 14 der revidierten Apothekerordnung von 1891 rechtswirksam geworden. Nach Ansicht des Gerichts liege ferner der Thatbestand des § 147 Nr. 1 der Gewerbeordnung ebenfalls nicht vor. Die Verabreichung der diätetischen Mittel und Arzneien in der Kur und Badeanstalt des Arztes habe im vorliegenden Falle zur Ausübung der ärztlichen Berufstätigkeit des Angeklagten gehört, sei also davon mit unsichtbar worden und könne nicht als selbständiger Betrieb eines besonders stehenden Gewerbes angesehen werden. — Das Kammergericht verwarf die gegen dieses Urteil von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision und stimmte den Gründen des Landgerichts vollständig zu.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag eine Versammlung im Lokal „Königsbaum“, Frankfurterstr. 117, ab, in der Genosse Kiesel über die Politik der herrschenden Klassen referierte. Der Redner, der eingangs seiner Ausführungen daran erinnerte, daß die zeitweilig herrschenden Klassen von jeher bestrebt wären, sich durch Unterdrückung und Vergeivaltigung der wahren Bevölkerung die Herrschaft zu sichern, wies sehr treffend nach, daß auch die gegenwärtig herrschenden Klassen von demselben Geiste, von dem Geiste der Gewaltthätigkeit und der Ausbeutung befeelt sind. Er verwies hierbei auf den von einigen Kapitalisten angezeigten Krieg Englands mit den Boerenspubliken, auf die skandalösen Vorgänge, insbesondere an die schmachvollen Verfolgungen der fortgeschrittenen Elemente in Italien; er verwies auf die feindselige Stellungnahme der herrschenden Klassen gegenüber den berechtigten Wünschen der Arbeiterklasse und besonders auf Deutschland, wo man stets bedacht sei, die arbeitende Bevölkerung nicht nur ökonomisch und politisch zu unterdrücken, sondern auch geistig zu knechten. Der Referent erinnerte daran, daß trotz aller schönen Friedensbetenerungen der Regierungen die Rüstungen zu Wasser und zu Lande beständig fortschreiten und bereits geradezu bringstigende Dimensionen angenommen haben. Nachdem der Redner noch die jetzt in Deutschland beliebte Welt- und Eroberungspolitik, die für die Arbeiterklasse keine Vorteile, sondern nur Nachteile und neue Lasten im Gefolge hat, kritisch beleuchtete, wies er darauf hin, daß die Arbeiterklasse lediglich auf sich selbst angewiesen und von den herrschenden Klassen nicht zu erwarten habe. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine Diskussion, an der sich mehrere Genossen im Sinne des Referats beteiligten.

Der Vorsitzende Schneider gab sodann bekannt, daß am Himmelfahrtstag ein Familien-Ausflug nach Karslshorst und von da nach Sadowa geplant ist und am 2. Pfingstfesttag in der Brauerei Friedrichshain für die Genossen des Kreises ein Frühkonzert stattfindet. Nachdem noch zur moralischen Unterstützung der Jüterwalder Tabakarbeiter angefordert war, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die am 14. Mai im „Märkischen Hof“ abgehaltene Versammlung für die Bezirke Sieden und Süd-Ost erfreute sich einer zahlreichen Beteiligung, auch von Seiten der Frauen. Dr. Curt Freudenberg sprach über das Thema: Die Prostituierte als sociale Krankheitserscheinung und als Gefahr für die Volksgesundheit. Unter Verbandsangelegenheiten wurden die Kollegen ermahnt, streng darauf zu achten, daß die Besuche des Genußmittels hochgehalten werden, event. die Kautzener-Kommission anzurufen. Schließlich wurden noch Werner, Wolf, Köhler und Schneider als Kontrollkommissions-Mitglieder für den Bezirk Sieden bestimmt.

Der Krieg.

Von der Armer Lord Roberts liegen heute keine neuen Meldungen vor. Dagegen ist General Buller in der Gebirgs-Landschaft, in der der Krieg seinen Anfang nahm, im weiteren Vordringen begriffen. Er meldet unter dem 17. Mai aus Damshäuser: Meine vorgeschobenen Posten dürften in Newcastle eingetroffen sein. Die 5. Division steht in Staffeln auf dem Wege von Glendlangie bis Glencoe und ist mit der Ausbesserung der Eisenbahn beschäftigt. Alle Berichte stimmen darin überein, daß 7000 Boeren am 14. und 15. Mai in großer Eile nordwärts gezogen sind.

Die Vorgänge am Maseking.

find noch nicht völlig geklärt. Es scheint, als hätten die Boeren nach der Einnahme der Stadt zunächst heranrückende englische Entsatstruppen zurückgeworfen. Der Kampf mit diesen Entsatstruppen dauert aber fort und ist noch unentschieden. Es liegen folgende Meldungen über diese Vorgänge vor: Pretoria, 15. Mai. Ein amtliches Kriegsbulletin besagt: Die Truppen der verbündeten Republikern eskimierten und besetzten am Sonnabend früh die Forts um Maseking. In der Nacht darauf wurden sie jedoch umzingelt, wobei, soweit bekannt, 7 Mann getötet, 17 verwundet und eine Anzahl gefangen genommen wurden. Die englischen Verluste betragen 50 Tote und Verwundete. Wie verlautet, wurde die Vorhut der von Sieden kommenden englischen Entsatkolonne gestern zurückgeworfen.

Kapstadt, 17. Mai. (Meldung des „Australischen Bureau“). Dem „Cape-Archipel“ wird aus Lourenço Marques telegraphiert: Kommandant Gloff drang mit einer Patrouille in Maseking ein. Mit lebhaftem Feuer der Garnison empfangen, wurden 17 Boeren getötet, Gloff und 90 Mann der Patrouille gefangen genommen.

Am Vaalstuh aufwärts

bringen auf den Gebieten beider Boerenspubliken englische Herrens-Abteilungen vor. Feldmarschall Roberts telegraphierte aus Kroonstad: General Hunter ist in Transvaal eingedrungen und steht jetzt 10 Meilen von Christiana. General Methuen ist 12 Meilen auf dem Hoopstader Weg vorgerückt, ohne des Feinds ansichtig zu werden.

Ein späteres Telegramm des Feldmarschalls meldet: General Hunter hat Christiana besetzt, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Letzte Meldungen.

London, 17. Mai. In der Depesche, in welcher Lord Roberts meldet, daß General Hunter Christiana besetzt habe, wird noch berichtet, daß der Feind, welcher bei Christiana stand, sich nach Klerksdorp zurückgezogen hat. — Lord Roberts telegraphiert ferner, eine Anzahl Boeren in den Distrikten von Ficksburg und Gelschem haben den englischen Residenten des Kapstlandes gefragt, unter welchen Bedingungen sie sich ergeben könnten.

London, 17. Mai. Unterhaus. Der erste Lord des Schachens, A. Salisbur, erklärt, er halte die Zeit noch nicht für gekommen, um nachdringenderweise mit der Boeren-Regierung über den Austausch von Gefangenen in Unterhandlung zu treten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Kritik in Italien.

Rom, 17. Mai. (B. Z. B.) Blättermeldungen zufolge hatte der König heute Abend Versprechungen mit den Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer und dem Ministerpräsidenten, in welchen man sich dahin geeinigt haben soll, durch königliches Dekret die Kammer aufzulösen und durch eine das Dekret begleitende Veröffentlichung diese Maßregel näher zu begründen.

Rom, 17. Mai. (B. Z. B.) Dem „Popolo Romano“ zufolge sollen die Kamwahlen für die Deputiertenkammer am 3. Juni, die Stichwahlen am 10. Juni stattfinden.

Offizino, 17. Mai. (B. Z. B.) Vier Polizisten verfolgten hierher eine Personlichkeit, deren Signalement mit dem des Mörders vom Dampfer „Prinz Carl“ übereinstimmte. Nachmittags wurde der Verdächtige im Wartesaal des Bahnhofs Stogato verhaftet. Im Augenblicke der Verhaftung wollte derselbe einen Revolver aus der Tasche ziehen, wurde jedoch durch die Polizisten abgelenkt. In seinem Besitz wurden 2 Revolver und 57 Patronen gefunden. Der Verhaftete erklärte, mit einem gewissen Johann Philipp Nordlund identisch zu sein, welcher im April nach Verurteilung einer Strafe wegen Brandstiftung aus dem Gefängnis entlassen worden war. Bezüglich des Massenmords erklärte Nordlund, es sei Sache der Polizei, den Thatbestand aufzuklären.

Der verhaftete Nordlund hat eingestanden, daß er die Bluttat an Bord des Dampfers „Prinz Carl“ verübt und dem Kapitän über 800 Kronen Geldes geraubt hat. Ueber die Mordthat selbst äußerte sich Nordlund völlig gefühllos.

Reichstag.

106. Sitzung. Donnerstag, den 17. Mai 1900, 1 Uhr. Im Bundesrat: Niederding. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der dritten Beratung der

lex Heine.

Präsident Graf Ballestrem: Der vorliegende Gesetzentwurf ist bis auf den § 362 und die zu demselben vorliegenden Anträge erledigt. Eine ganze Reihe anderer Anträge befinden sich noch in der Druckerlei (Weiterkeit links), ich werde sie Ihnen bekannt geben, sobald sie mir zugehen. Erledigt sind bisher in dritter Beratung die §§ 180, 181, 181a, 182a, 184, 184a, 184b. In der heutigen Sitzung wird die Beratung fortgesetzt mit einer namentlichen Abstimmung über folgenden Antrag Heine (Soc.): § 360 Nr. 11 (Grober Unfug, Paragraph) des Strafgesetzbuchs findet keine Anwendung auf Erzeugnisse der bildenden und reproduzierenden Künste und der Presse.

Die namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrags Heine mit 210 gegen 80 Stimmen.

Dafür stimmen nur die Sozialdemokraten, die freisinnigen Gruppen und der Abgeordnete Bindewaldt (Reformp.). Der nationalliberale Abgeordnete Hofmann-Dillenburg enthält sich der Abstimmung.

Präsident Graf Ballestrem: Soeben geht mir ein neuer Antrag zu von den Abgg. Mundel und Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.). (Der Präsident verliest unter Heiterkeit der Linken den Antrag.) Die weiteren Anträge werde ich verlesen, sobald sie von der Druckerlei eingehen — soeben erhalte ich wieder eine Reihe neuer Anträge. (Weiterkeit links.)

Zur Beratung steht nunmehr zunächst folgender Antrag Albrecht (Soc.), ein Principalantrag mit einer Reihe von Eventualanträgen (Weiterkeit), die mit zur Diskussion stehen.

1. § 361 Nr. 6:

Mit Haft wird bestraft eine weibliche Person, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie den polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt oder welche, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, gewerbsmäßig Unzucht treibt. — des Strafgesetzbuchs ist zu streichen.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags ist dem § 361 Nr. 6 folgender Absatz beizufügen:

Die Polizei ist nicht berechtigt, anzuordnen, daß Personen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, nur in bestimmten Stadtteilen Wohnung nehmen. Ebensowenig ist die Polizei berechtigt, dies zu verbieten.

Abg. Heine (Soc.) beantragt noch folgenden Zusatz:

Es ist verboten, eine weibliche Person wider ihren Willen einer körperlichen Untersuchung zu unterwerfen.

Das Recht der Polizeibehörde, Personen, welche der sittenpolizeilichen Kontrolle unterstellt sind, auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen, wird hierdurch nicht berührt.

Die Untersuchung darf nicht durch einen Mann erfolgen.

Ferner beantragt Abg. Heine (Soc.) folgenden Zusatz zu § 361 Nr. 6:

„Dem Strafrichter steht die Prüfung zu, ob die Unterstellung unter die sittenpolizeiliche Aufsicht mit Recht erfolgt ist.“

Die Verfügung, wodurch eine weibliche Person der sittenpolizeilichen Aufsicht unterworfen wird, kann im Wege der Klage angefochten werden. In Bundesstaaten, wo ein Verwaltungsstreitverfahren besteht, ist diese Klage bei den Verwaltungsgerichten, in anderen Bundesstaaten bei den ordentlichen Gerichten zu erheben.“

Abg. Webel (Soc.):

Unser Antrag ist kein neuer, er ist von unserer Fraktion schon bei jeder Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs im Laufe der letzten Jahrzehnte gestellt worden. Allerdings ist er von der Mehrheit des Reichstags immer abgelehnt worden. Er behandelt aber ein Thema, das auch heute noch sehr aktuell ist. Von Seiten der deutschen Frauenvereine sind eine große Anzahl Petitionen eingegangen, die die Streichung dieses Paragraphen verlangen. Der heutige Zustand hat zu einer Reihe von Mißgriffen der Polizei geführt, die die öffentliche Meinung zeitweise außerordentlich erregt haben. Von der großen Zahl der Mißgriffe, die vorgekommen sind, ist aber sicher nur ein kleiner Teil in die Öffentlichkeit gelangt, da naturgemäß viele anständige Frauen, die von der Polizei als Prostituierte hinstellt werden, sich schämen, die Sache in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Bestimmung bedeutet ein direktes Ausnahmegericht gegenüber dem weiblichen Geschlecht. Jeder Polizist, der eine Frau trifft, die im Verdacht steht, daß sie eine gewerbliche Prostituierte sei, hat das Recht, ihre Eistrierung zu veranlassen, und jeder Mann, der einer Frau Ungehörigkeiten bereiten will, braucht sich nur zum Denunzianten herzugeben, um ihre Eistrierung bei der Polizei trotz aller Proteste der Frau durchzusetzen. Ueber die Behandlung, die anständige Frauen auf der Polizei erfahren, brauche ich Ihnen wohl nichts näheres zu sagen. Im allernächsten Fall werden sie am nächsten Tage freigelassen, ohne auch nur die geringste Gegenwehr für die schwere Verletzung ihrer Ehre erlangen zu können. Die Polizeibeamten haben immer das Vorurteil für sich, sie hätten geglaubt, eine Prostituierte vor sich zu haben. Wie häufig derartige Mißgriffe der Polizei vorkommen, können Sie aus einigen Zahlen ersehen. Im Jahre 1898 wurden 19 433 weibliche Personen hinstellt, 1897 23 014. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von diesen mußten im Jahre 1898 2400 wieder entlassen werden, weil keine Möglichkeit bestand, gegen sie gefehlt vorzugehen, und im folgenden Jahre betrug diese Zahl sogar 3000. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Zahlen beweisen, ein wie großes Unrecht zahllosen Frauen auf Grund des § 361 Ziffer 6 zugefügt wird, deren Streichung wir verlangen. Ich will nur eine kleine Zahl von Beispielen anführen, die sich in den letzten Jahren ereignet haben und die besonders traurig zeigen, wie schlimm der gegenwärtige Zustand ist. Im vorigen Jahre wurde in Berlin ein anständiges Mädchen, das von der Arbeit nach Hause ging, von einem Herrn angegriffen. Sie gab die gebührende Antwort, und darauf ging der Streich zu der nächsten Polizeiwache und gab an, das Mädchen habe ihn angegriffen, sie sei eine Prostituierte und er verlange ihre Eistrierung. Sie wurde hinstellt und erst am nächsten Tage stellte sie sich heraus, daß das Mädchen völlig unschuldig war. Der betreffende Denunziant wurde in diesem Falle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das war ja eine gewisse Gegenwehr, aber die Schande, die dem Mädchen angetan war, war doch nicht wieder gut zu machen. In Aachen am Rhein haben sich ähnliche Fälle ereignet, die großes Aufsehen erregt haben. Medner gab eine Darstellung des bekannten Falles Kiefer. Vom Staatsanwalt wurde in diesem Fall festgestellt, daß der Schürmann ein für den Sittendienst ungeeigneter Beamter sei, während ihm seine vorgelegte Behörde ein äußerst günstiges Zeugnis ausgestellt hatte. In der gerichtlichen Verhandlung wurde auch festgestellt, daß seit 1891 eine Verordnung bestanden habe, wonach die Festnahme von Frauenpersonen den Beamten nur dann gestattet sei, wenn jene die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet haben. Die vernommenen Beamten sagten aber auch, daß sie von dieser Verordnung überhaupt keine Kenntnis gehabt hätten. In einem andern Falle wurde auf eine anonyme Denunziation hin, die behauptete, daß ein Mädchen mit dem, der die Anzeige erstattete, für fünf Mark geschlechtlich verkehrt habe, das Mädchen ohne weiteres verhaftet. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Verhaftete überhaupt noch unbescholten war. Bekannt ist ja der Fall, daß in

Berlin im vorigen Jahre konstatiert wurde, daß eine völlig unbescholtene Frau jahrelang in den Listen der Prostituierten geführt war, ohne daß sie eine Ahnung davon hatte. Schließlich ist noch ein interessanter Fall in Hamburg vorgekommen, wo eine anständige verheiratete Frau unter Sittenkontrolle gestellt wurde. Sie weigerte sich entschieden, den an sie gestellten Anordnungen nachzukommen, erhielt darauf ein Strafmandat und beantragte gerichtliche Entscheidung. Sie wurde zunächst freigesprochen, der Oberstaatsanwalt beantragte aber Revision beim hameatischen Oberlandesgericht und dieses hob das freisprechende Urteil wieder auf unter der Begründung, es komme bei Beurteilung der ganzen Sache nur darauf an, ob die Frauensperson von der Polizei unter Sittenkontrolle gestellt sei oder nicht. Ob dies mit Recht geschehen sei oder nicht, habe das Gericht nicht zu entscheiden. Diese Befugnis der Polizei gehöre zu den allgemeinen Machtbefugnissen, die ihr eingeräumt seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Danach hat also die Polizei das Recht, die anständigste Person unter Sittenkontrolle zu stellen, wie es ihr beliebt. Sie kann ihr die impertinentesten Zumutungen machen, ohne daß die Frau bei irgend einem Gericht Gegenwehr erlangen kann. Das ist doch ein ganz unerhörter, empörender Zustand. Sie werden mir zugeben, daß der Reichstag die Verpflichtung hat, hier eine Besserung herbeizuführen. Als in England vor drei Jahren eine Reihe von ähnlichen Fällen vorkam, hatte sich in der ganzen Frauenvwelt ein Sturm der Entrüstung erhoben. Die vornehmsten Damen der Gesellschaft gingen in Versammlungen und protestierten gegen diese Bestimmungen. Dies zu thun, müßte auch die vornehmste Pflicht der deutschen Reichstags-Abgeordneten sein. Es entsteht höchstens die Frage, was soll die Polizei machen, wenn nach unserm Antrag der Paragraph aufgehoben wird. In diesem Zwecke haben wir unsern Eventualantrag gestellt.

Wir wollen nicht, daß die Polizei das Recht haben soll, auf den bloßen Verdacht hin eine Frauensperson wider deren Willen zur Wache zu führen und sie dort unterzucht zu lassen. Wir bestreiten der Polizei das Recht nicht, daß sie da, wo nachgewiesenermaßen gewerbsmäßige Unzucht getrieben wird, die nötige sanitäre Kontrolle ausübt. Aber wir wollen Hebergriffe und Mißgriffe der Polizei beannten unmöglich machen. Wenn wir weiter verlangen, daß die Unterzucht nicht durch einen Mann erfolgen soll, so fordern wir das im Interesse des weiblichen Schamgefühls. Es ist Thatsache, daß gerade die zwangsweise Unterzucht durch einen männlichen Arzt auch den letzten Rest weiblichen Schamgefühls erlöschend kann. Darum darf eine weibliche Person, sofern sie nicht Prostituierte ist, einer zwangsweisen Unterzucht überhaupt nicht unterworfen werden. Weiter soll die Polizei nicht anordnen dürfen, daß Personen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, nur in bestimmten Stadtteilen Wohnung nehmen. Meine Parteigenossen haben bereits nachgewiesen, daß im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen in einer großen Anzahl deutscher Städte Bordelle vorhanden sind. Da hat uns Herr Dr. Dertel entgegengerufen, solche Zustände mögen in Hamburg und andern großen Städten zu finden sein; kommen Sie aber in die kleineren Städte und auf das Land, da sind solche Zustände nicht vorhanden. Herr Dertel bot mir sogar an, ich solle mit ihm einen Spaziergang durch seinen Wahlkreis Freiburg machen, um mich von der Richtigkeit seiner Behauptungen zu überzeugen. Nun, inzwischen ist festgestellt, daß das kleine Freiburg mit seinen etwa 15 000 Einwohnern nicht weniger als 4 Häuser aufzuweisen hat, die thatsächlich Bordelle sind. (Hört! hört! links.) Also, Herr Kollege Dertel, man wirft nicht mit Steinen, wenn man im Glashaus sitzt. (Weiterkeit und Zustimmung links.) Nun, ich glaube, Ihnen durch Thatsachen ausreichend bewiesen zu haben, daß unsere Anträge zu § 361 zur Hebung der Sittlichkeit durchaus notwendig sind. Wenn Sie also in der That durch dieses Gesetz die Sittlichkeit fördern wollen, dann müssen Sie auch unsere Anträge Ihre Zustimmung geben. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident Graf Ballestrem

teilt mit, daß der Abg. Heine (Soc.) seinen Eventualantrag („Dem Strafrichter steht die Prüfung zu, ob“ usw.) zurückgezogen und daß der Abg. Singer (Soc.) über den sozialdemokratischen Principalantrag wie über die beiden Eventualanträge namentliche Abstimmung beantragt hat. (Weiterkeit links.)

Abg. Stadthagen (Soc.)

wird vom Centrum mit Lachen, von der Linken mit Beifall empfangen. Gleich bei seinen ersten Worten, die auf der Tribüne unverständlich bleiben, ertönen im Centrum lebhafter Ruf: Schluß! Schluß! Die Linke erwidert diese Rufe mit lebhaften Gegenrufen: Still! still! (Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem:

Je zahlreicher unsere Versammlung besucht ist, und die heutige ist ja erfreulicherweise stark besucht (Weiterkeit), um so mehr muß auch auf Ruhe gehalten werden (sehr richtig! links); sonst kommt ein Ton in die Versammlung, der nicht wünschenswert ist. (Bravo! links.)

Abg. Stadthagen (Soc.):

(fortfahrend) giebt einen Rückblick auf die Entstehung der auf die Prostitution bezüglichen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs. Die heutigen skandalösen Zustände können nicht aufrecht erhalten werden. Es ist geradezu unerhört, daß heute jede anständige Frau auf einen bloßen Verdacht hin von den Polizeibeamten wie eine Prostituierte behandelt werden kann. In einer großen Versammlung, die fast nur von Arbeiterinnen besucht war, wurden lebhaft Klagen darüber geführt, welchen Gefahren die Frauen und Mädchen seitens der Polizei auf Grund des § 361 ausgesetzt sind. Es darf nicht länger erlaubt sein, daß die Polizeibeamten irgend einer Dame nachlaufen, ihr gegenüber behaupten, sie habe Männer angezogen, und sie deshalb auf der Polizei unterzucht lassen. Noch schlimmer aber ist die Thatsache, daß es dem Ermessen der Polizeibehörde überlassen ist, die strafbare Handlung der geschlechtlichen Unzucht für straflos zu erklären, wenn sich ein Mädchen bestimmten Bedingungen unterwirft, das heißt wenn sie Prostituierte wird. Sie wollen gegen das Laster der Prostitution ankämpfen, aber den Hut, hier die Quellen zu verstopfen, haben Sie nicht. (Sehr richtig! links.) Und weiter liegt diesem Paragraphen auch der Standpunkt der Unehrlichkeit und Unaufrichtigkeit zu Grunde. Das Weib wird betrachtet nicht als die Genossin des Mannes, sondern als ein Gegenstand, der geschaffen ist, die Lust des Mannes zu befriedigen. Gegen den Mann fehlen ja solche Bestimmungen, obwohl er doch auch Träger von ansteckenden Krankheiten sein kann. Darum wird gerade dieser Paragraph als eine Schmäherung des weiblichen Geschlechts als solchen empfunden. In jener von mir schon erwähnten Versammlung sang aus allen Mäulern der Arbeiterinnen imigies Willkür mit denen hervor, die die sociale Not in der Arme der Prostitution getrieben hat. Zugleich aber auch die Empörung über die Schmach, daß dieser Paragraph des Strafgesetzbuchs das Weib zum Lustobjekt des Mannes erniedrige, indem er im Interesse der männlichen Gesundheit Kontrollmaßregeln für die Prostituierten vorschreibt und deshalb Vorschriften enthält, auf Grund deren auch völlig anständige Frauen unterzucht werden können und an Körper und Seele Schaden erleiden.

Hierzu kommt ein weiterer Gesichtspunkt: Dieser Paragraph ist auch eine Hauptquelle für das Zuhältertum. Je mehr die Prostituierten drangsaliert werden können von der Polizei, desto mehr stellt sich bei ihnen das Bestreben ein, einen männlichen Beschützer zu haben, der sie unter Umständen auch warnt, verbotene Straßen zu betreten, verbotene Quartiere zu beziehen, verbotene Lokale, Theater zu besuchen. Welch ein Widerspruch liegt darin, daß Sie auf der einen Seite eine Bestimmung ins Gesetz aufnehmen, welche das Zuhältertum bestraft und Sie auf der andern Seite die Hauptquelle des Zuhältertums, diesen Paragraphen

aufrecht erhalten wollen. Häufig besteht in den Städten die Polizeiverfügung, daß diese Mädchen ohne männliche Begleitung kein Café besuchen dürfen. Ein anständiger Mensch wird sie nicht begleiten, nur verkommene Subjekte werden es thun, und die Mädchen haben ein Interesse daran, damit sie nicht in polizeiliche Strafen genommen werden, eventuell ins Arbeitshaus wandern müssen. Solche jeder Kontrolle entbehrenden Polizeiverordnungen zwingen geradezu die Dirne dazu, sich Zuhälter zu suchen. Daß diese es nicht umsonst thun, ist klar. Gewiß spielt das psychologische Moment bei der Verbreitung des Zuhältertums eine große Rolle, aber es würde nicht existieren und die Mädchen ausbeuten können, wenn nicht die Polizeiverordnungen die Existenz solcher Beschützer geradezu notwendig machten. Im Interesse des Kampfs gegen das Zuhältertum, im Interesse der Sittlichkeit, des Anstands und der Gesundheit müssen Sie diesen Paragraphen streichen.

Sie steht es denn nun mit der Verbreitung der Prostitution hier in Berlin. Herr Stöder hat uns erzählt, daß er zur nächsten Stunde in der Friedrichstraße 40 Mädchen an sich hätte vorbeiziehen sehen. Ich habe daraufhin mich mit einem Bekannten um dieselbe Zeit auch hingestellt, habe aber nur 6 Mädchen gezählt. Persönliche Erfahrungen können hier nicht ausreichen. Ich muß deshalb auf die amtliche Statistik eingehen, wobei ich noch auf den traurigen Zustand hinweise, daß in wachsendem Maße Gerichte und Regierungen auf den Standpunkt getreten sind, daß eine bestimmte Art Bordelle eingerichtet werden könne. Medner giebt lange Zahlenreihen über das Wachstum der Prostitution in Berlin. 100 000 Prostituierte giebt es in Berlin und von allen diesen weiblichen Personen finden sich noch nicht 5000 unter polizeilicher Kontrolle. Daraus geht klar hervor, daß diese absolut überflüssig ist und weiter geht daraus hervor, wie traurig die sociale Lage der weiblichen Bevölkerung in Berlin sein muß. Es giebt ja viele Frauen, die glauben, sich etwas zu verdienen, wenn sie sich um die traurige Lage ihrer Geschlechtsgenossinnen, um die Prostitution kümmern und liefern in sie eindringen. Die Kreise der Frauen aber die angefangen haben, sich mit diesen Sachen näher zu beschäftigen, haben übereinstimmend das Verlangen gestellt, wie es sich in zahlreichen Petitionen äußert, diesen Paragraphen zu streichen. Wenn dieser Paragraph nicht gestrichen werden sollte, so bitte ich Sie jedenfalls um Annahme meines Antrags, der die Lokalisierung der Prostitution, die Bordelle verbietet will. Dies Verbot ist notwendig, speciell im Interesse der armen, arbeitenden Bevölkerung, denn die Polizei wird nicht etwa sagen: Ihr Dirnen Verdienst dürft nur unter den Linden wohnen. Nein, die jungen Mädchen der Bourgeoisie die sollen vor dem Publikum des Fleisches geschützt werden, die Prostitution wird in die Arbeiterviertel verlegt, denn die Arbeiterin wird ja doch social fast der Dirne gleich geachtet. Daß die Kasernierung der Prostitution selbst in dieser Weise gehandhabt wird, beweisen uns die Städte, wo Bordelle noch bestehen. Denn in der That giebt es in vielen Orten Bordelle, wenn die Regierung dies auch bestreitet und diejenigen, welche die Wahrheit in der Presse behaupten, auch angeklagt werden. Es ist ein großer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite in diesem Gesetz die Stuppel bestraft und andererseits der Polizei das Privilegium giebt, Stuppeldienste zu leisten. Um so weniger wird es verstanden, wie man der Polizei ein solches Recht einräumen kann, da sie schon mit andern Arbeiten so überlastet ist, daß die eigentlich schweren Verbrechen bei uns häufig frei ausgehen. Durch dieses Gesetz haben Sie der Polizei ja außerdem auch noch die Aufsicht über die Produktion der bildenden und dachtenden Kunst eingeräumt. Ich will nicht darauf eingehen, ob die Polizei dieser Aufgabe besonders gewachsen ist, am allerwenigsten eignet sie sich jedenfalls zum Sittenzüchter. Denken Sie doch nur an die Anzahl von Mißgriffen der Polizeibeamten, die in den letzten Jahren konstatiert sind, die zum größten Teil durch den Heberkeifer der unteren Beamten veranlaßt sind, möglichst viel Anzeigen zu machen. Wer war denn Heine, nach dem dies Gesetz seinen Namen hat? Es war ein Zuhälter, der im Dienst der Polizeibehörde stand. Diese Behörde, die sich mit der Hebe des Volks zusammenkommen muß, kann man doch unmöglich zum Sittenzüchter machen. Ich freue mich, daß bis jetzt aus dem Hause nicht der geringste Widerspruch gegen unsern Antrag auf Streichung des Paragraphen erhoben ist (Weiterkeit), daß Sie alle mit uns einverstanden sind und einstimmig für unsern Antrag stimmen werden. (Große Heiterkeit, lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Veith-Coburg (fr. Sp.):

Es wäre gewiß sehr wünschenswert, wenn wir den § 361 streichen könnten, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist das aber unmöglich. Das Uebel der Prostitution ist in dieser Weise nicht auszurotten. Wenn diese Bestimmung gestrichen würde, wäre die notwendige Folge eine ungeheure Vermehrung der Geschlechtskrankheiten. Aus sanitären Gründen ist also dieser Paragraph durchaus berechtigt. Wenn man den Wohnungsmieter-Paragraph nicht abgelehnt hätte, wäre über die Streichung der Ziffer 6 zu reden, so ist sie nicht möglich.

Präsident Graf Ballestrem:

Die Herren Abgg. Graf v. Sompesch (C) und Levesow (L.) beantragen den Schluß der Debatte.

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung):

Ich beantrage über diesen Schlußantrag namentliche Abstimmung.

Abg. Haukman (südd. Sp.) (zur Geschäftsordnung):

Ich habe zum § 361 mehrere Anträge eingebracht, sie beziehen sich alle auf § 361. Ich bitte Sie, dem Hause dieselben zur Kenntnis zu bringen. Ich nehme an, daß, auch wenn die Diskussion geschlossen wird, ich noch das Wort zur Begründung meiner Anträge bekomme.

Präsident Graf Ballestrem:

Herr Abg. Haukman, Ihre Anträge beziehen sich zwar auf den § 361, aber nicht auf die Ziffer 6 dieses Paragraphen. Die Diskussion ist lediglich über Ziffer 6 des § 361 eröffnet worden. Ihre Anträge kommen also erst später zur Beratung. (Weiterkeit.)

Die Anträge auf Schluß der Debatte und auf namentliche Abstimmung erhalten beide ausreichende Unterstützung.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Schluß der Debatte mit 213 gegen 92 Stimmen angenommen.

Präsident Graf Ballestrem: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die diskutierten Anträge. Ich werde zunächst abstimmen lassen über die Eventualanträge Albrecht (Soc.) und Heine (Soc.) und hierauf über den Principalantrag Albrecht (Soc.). Sämtliche Abstimmungen sind namentliche. (Weiterkeit.)

Der Eventualantrag Albrecht (Soc.) wird mit 221 gegen 73 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Eventualantrag Heine (Soc.). Derselbe vollzieht sich unter wachsender Anruhe des Hauses.

Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren, ich bitte, etwas ruhig zu sein, an die Stimme der Herren Schriftführer werden heute besondere Ansprüche gestellt. (Weiterkeit.)

Der Eventualantrag Heine (Soc.) wird mit 218 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Endlich wird der Principalantrag Albrecht (Soc.) und Gen. in namentlicher Abstimmung mit 237 Stimmen gegen 48 Stimmen abgelehnt. Es bleibt bei der Kommissionsfassung.

Hierauf schlägt der Präsident dem Hause die Vertagung vor. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (3. Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1898. 3. Beratung der Nachtrags-Etats. 3. Beratung der lex Heine. 3. Beratung des Fleißbescheid-Gesetzes.) Schluß 7 Uhr.

Zu der Budgetkommission des Reichstags

Wurde am Donnerstag die Beratung der Novelle zum Reichs-Steuerpflanzgesetz, und zwar des Stempels für Aktien, Renten und Schuldverschreibungen fortgesetzt. Abg. v. Kardorff hat den gestern diskutierten Antrag der stufenweisen Besteuerung der Emissionen nach dem Kurswert zurückgezogen und dafür einen einfacheren Antrag eingebracht, der noch nicht gedruckt vorliegt.

Die Kommission hat in erster Lesung den Aktienstempel von 1 auf 2 Prozent erhöht. Abg. Veibel glaubt, daß noch ziemlich Unklarheit herrsche darüber, was eigentlich gemeint sei. Eine Besteuerung der Börse sei populär, habe jedoch ihre Bedenken, da infolge der Steuererhöhung eine Abnahme der Geschäfte zu befürchten sei, also auch kein Mehrertrag der Steuer eintreten würde.

Abg. Müller: Juba bezeichnet die Behauptungen der Vertreter der Berliner Kaufmannschaft gegen die Vorkostensteuer als ganz unrichtig. Die Eingabe behauptet, die geplante Erhöhung der Vorkosten-Umsatzsteuer werde den erhofften Erfolg nicht haben und keinen Mehrertrag liefern.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Er halte die Börse für ein notwendiges Institut, sie könne aber die Erhöhung des Stempels sehr wohl tragen. Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft hätten in ihrer Eingabe gegen die Vorkostensteuer stark aufgetragen.

Abg. Richter hofft, daß die Heranziehung der Flottenentlastungen zu den Kosten der Flottenvorlage diese etwas abmildern werde. Die Eingabe der Berliner Kaufmannschaft sei durchaus sachlich gehalten.

Abg. Müller-Juba hofft, daß es möglich sein werde, event. im nächsten Jahre das Vorkostengesetz zu revidieren, behufs Befreiung der in demselben enthaltenen mündigen Beschränkungen, welche nur das Geld verteuern.

Abg. Dr. Baasche (nall.) stellt den Antrag, in den Antrag Müller-Juba betr. Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten noch aufzunehmen: von ausländischen Staaten garantierte Renten und Schuldverschreibungen.

Abg. Veibel bestritt gegenüber dem Grafen Stollberg, daß die Socialdemokraten die Börse befehligen. Sie seien nur gegen Steuern, welche die geschäftliche Entwicklung hemmen und die Kosten ungerecht verteilen.

Abg. Frese (fr. Vg.) begründet die Anregung des Abg. Müller-Juba betr. Revision des Vorkostengesetzes mit Freunden. Für ihn sei die Hauptsache, daß der Umsatzstempel bei 2/10 belassen werde.

Abg. Büfing (nall.) verweist darauf, daß sein Vorschlag, außer dem Lotteriestempel nur noch einen Stempel auf Eisenbahnfahrkarten erster und zweiter Klasse zu erheben, der leider keinen Anklang gefunden habe, zur Deckung vollkommen ausgereicht, niemand ungerecht belastet und die Vorkostensteuer überflüssig gemacht hätte.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung die Wahl des Abg. Fitzlaff, S. Köllin, für gültig zu erklären. Gegen diese Wahl war seiner Zeit Protest wegen weitgehender amtlicher Wahlbeeinträchtigungen erfolgt und der Reichstag hat dieselben Erhebungen beschloßen.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung die Wahl des Abg. Fitzlaff, S. Köllin, für gültig zu erklären. Gegen diese Wahl war seiner Zeit Protest wegen weitgehender amtlicher Wahlbeeinträchtigungen erfolgt und der Reichstag hat dieselben Erhebungen beschloßen.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung die Wahl des Abg. Fitzlaff, S. Köllin, für gültig zu erklären. Gegen diese Wahl war seiner Zeit Protest wegen weitgehender amtlicher Wahlbeeinträchtigungen erfolgt und der Reichstag hat dieselben Erhebungen beschloßen.

Warum wurde ich Socialdemokrat?

Ueber dieses Thema sprach am Mittwochabend Genosse Paul Söhre, Pfarrer a. D., in Chemnitz in zwei Volksversammlungen, die sich eines solchen Zuspruchs zu erfreuen hatten, daß die Säle schon lange vor Beginn vollständig abgeperrt werden mußten.

Ich soll Ihnen heute die Gründe auseinandersetzen, die mich, wenn auch nach langem innerem Widerstreben, veranlaßt haben, der Socialdemokratie beizutreten und an der Seite der organisierten Arbeiterschaft zu kämpfen.

Später war ich Sekretär des evangelisch-socialen Kongresses. Auch in jener Stellung hielt ich es allezeit für meine heiligste Pflicht und Aufgabe, jene Bewegung der der Arbeiter näher zu bringen.

Wieder stand ich allein, d. h. ich fühlte, daß ich mich nun der Socialdemokratie anschließen mußte. Ich gestehe offen, jahrelang habe ich mich dagegen gekämpft und mit mir gekämpft.

Zunächst der Gedanke des Christentums, und auch als Socialdemokrat werde ich den christlichen Gedanken hochhalten. Mancher von Ihnen wird bei sich denken, das ist noch so ein Erbe von der Pastorenzeit, wie vielleicht manchen von Ihnen in diesem Augenblicke der unglückliche Theodor von Wächter in Erinnerung kommt.

Aber gerade diese meine christlich-religiösen Anschauungen sind es mit, die mich bei der Socialdemokratie enden ließen. Religion war in den Augen des Nazareners die Liebe zum Menschen und der Menschen untereinander.

Jenes Christentum, das in der Solidarität, also in der Nächstenliebe, sein höchstes Ziel sieht, ist heute in der Socialdemokratie verwirklicht, die den Gedanken der Solidarität nicht nur propagiert, sondern auch praktisch zur Durchführung bringt.

Der zweite Grund, der mich zum Eintritt in die Socialdemokratie drängte, ist die sozialistische Wissenschaft, die den Beweis für die Notwendigkeit und Möglichkeit der Durchführung jener Solidarität erbracht hat.

Die Arbeiter, der Socialismus, die Socialdemokratie haben die Rolle des Angereiften übernommen, und die kapitalistische Gesellschaft in die Rolle des kranken Kindes gedrängt.

Aber sie vermag nicht nur über das geistige Mängel, sondern auch die körperliche dazu, um die Solidarität zu verwirklichen. Die Kämpfer sind in erster Linie jene, die ökonomisch und gesellschaftlich entschieden, aber den Mut und die Kraft haben, für ihre Ideale, und das was sie als Recht und erstrebenswert erkannt haben, zu kämpfen.

Der dritte Grund ist die Taktik, die bei der Socialdemokratie die des Klassenkampfes ist. Und nur der Stärkere kann da siegen.

Ich sah und lernte begreifen die mächtigste Arbeit der Klassenbewegten Arbeiterschaft auf allen Gebieten der Socialreform in Staat und Gemeinde. Und diese Arbeit hat noch meiner festen Ueberzeugung noch nicht im geringsten den Klassenkampf-Charakter geschwächt.

Wüsse nicht jeder Mensch zum Nachdenken angeregt werden, wenn man sieht, wie eine Partei so früh und inständig ein so hohes Ideal wie das des Socialismus und der Socialisierung der Gesellschaft erstrebt, und das mit Anhängern, die in der Masse nicht auf den Höhen, sondern noch in den Niederungen der Kultur wandeln!

Überall in dieser Partei ist ein mächtig pulsierendes Leben, ein hürschliches Vorwärtstreben. Nur diese Partei hat die Eigenschaften, die Kraft und Ausdauer, die Solidarität aller Menschen zu verwirklichen. Und um dieses Endzieles willen mußte ich Socialdemokrat werden.

Sodann weiß Genosse Söhre darauf hin, daß er auch aus Vaterlandsliebe sich der Partei anschließen mußte. Das Vaterland lieben heiße in erster Linie das Volk glücklich, frei, geistig und physisch gesund machen.

her von mir angeführten Gründe fehlen sollten. Die Reaktion macht sich in gefährlicher Weise breit in Deutschland, und an reaktionären Wankenscheidern fehlt es wahrlich nicht.

Die Diskussion, die sich an den Vortrag angeschlossen, war kurz. Nach einem Schlußwort Böhrs erreichte die imposante Versammlung ihre Ende.

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20: 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Bräunl: „Aus der Geschichte der Justizmorde und Justizverbrechen“.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Nizdorf hielt am 10. d. M. seine Generalversammlung ab. Nach einem sehr interessanten Vortrage der Frau Dr. Wehl über das Thema: „Das Weib“ erstattete die Vorsitzende Bericht über das dritte Vereinsjahr.

Wie die „Wiener Wäscherin“ leben, davon erzählen die Wiener „Documente der Frauen“ u. a. folgendes: Die Arbeitzeit beträgt gewöhnlich 12-18 Stunden, in den letzten Tagen der Woche wird meist die ganze Nacht hindurch gearbeitet.

Vermishtes.

Ueber ein ebenso seltsames wie erschliches Attentat auf einem Dampfschiff wird aus Köping in Schweden gemeldet: Als der Dampfer „Köping“ Mittwochabend 11 Uhr auf dem Mälars-See den Dampfer „Prinz Carl“ passierte,

Attentat in einer ober-schlesischen Hütte. Aus Myslowitz wird der „Volksg.“ gemeldet: Ein Hüttenarbeiter versuchte, den Schmelzmeister in den glühenden Hochofen zu stürzen, erstach ihn dann und verletzte mehrere Arbeiter.

Von der Torpedoboot-Flottille. Aus Köln wird der „Volksg.“ berichtet: Ein Divisionsboot der Torpedoflottille ist gestern abend, nachdem es von einer Kommission feierlich eingeholt war, hierher eingetroffen und vor Anker gegangen.

Im Hafen zu Petersburg explodirte auf einem Torpedoboot gestern der Dampfsessel, wodurch sechs Personen getödtet und eine verwundet wurde.

Table with 4 columns: Product, Price, and other details. Includes items like Weizen, Roggen, Gerst, Hafer, etc.

Produktenmarkt vom 17. Mai 1900. Getreide. Heute beobachteten die Verkäufer am Getreidemarkt eine abwärtsgehende Haltung und die Preise waren bei gänzlich leiblosem Handel nominal unverändert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 18. Mai.
Cyranus. Tanzhäuser und der Scherz auf Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Armen um nichts. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Unten. Sogar: Die Schwärze. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Du bist Casarell. Totentanz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Herr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Die Dame von Mayin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Witten. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Mobe. Hierauf: Der Diener zweier Herren. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Wie man Männer feiert. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eulien. Für Wahe. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Am Rande des Abgrunds. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Trompeter von Säckingen. Anfang 8 Uhr.
Carl Weick. Der Minenkönig von Transvaal. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Freitag, abends 8 Uhr:
Mobe.
 Schwank in 3 Akten nach Harry u. G. A. Paulsen u. Oskar Blumenthal.
 Hierauf:
Der Diener zweier Herren.
 Lustspiel in 2 Akten v. Carlo Goldoni, deutsch von V. Schröder.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Brand.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Maria Stuart.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Haubenerche.

Central-Theater

Sensationeller Lachserfolg!
 Anfang 8 Uhr.
Berlin nach Elf.
 Dr. Pöse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schlager: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Lebenslauf einer Künstlerin! Anfang der Parfums. (Wunderbares Ballet.)
 Morgen u. folgende Tage: Berlin nach Elf.

Thalia-Theater.

Tel. Amt I Va 6440. Dresdenstr. 72/73.
 Gastspiel Annie Dirksen.
Wie man Männer feiert.
 Vaudeville-Pöse in 4 Akten. Musik v. Victor Roger.
 Hauptrollen: Annie Dirksen, Elise Krumm, Joh. Funke-Schlag, Ellen Roland, Heinrich Weithof, Hermann Gass, Albert Kühne.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: Wie man Männer feiert.

Metropol-Theater.

Schrenkstr. 55/57. Direction R. Schulz. Telefon I 2126.
 Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Operetten-Erfolg der letzten 2 Jahre.
Der Zauberer am Nil.
 Beste Besetzung: Operette sowie das neue erstklassige Mai-Spezialitäten-Programm.
 Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntag).
 Planchen überall gefaltet.

Apollo-Theater.

Nur noch wenige Tage:
Im Reiche des Indra.
 Rosenöffnung 7 Uhr.
Garten-Konzert 6 1/2 Uhr.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
 Vorverkauf von 10-11 Uhr im Theater sowie im Invalidenstr. und Künstlerdanz.

Urania

Taubenstr. 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
 Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Riesen und Zwerge.
 10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
 Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Grösste Sehenswürdigkeit der Residenz!
Neu! Mr. Roberts, der erste Zauberkünstler und Illusionist der Welt!
Neu! Die Bückeburger, humoristische Sänger- und Konzert-Ensemble.
Entree 50 Pf.
 Kindern Militär ohne Charge 25 Pf.

W. Noacks Theater.

Gruppenstr. 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ein Bengalischer Tiger.
 Lustspiel in 1 Akt von Otto Knodoff.
List und Phlegma.
 Pöse mit Gefang in 1 Akt von Angelo.
Im wunderschönen Monat Mai.
 Niederpiel in 1 Akt von Studentenbrud.
Im Großen Ball.

Carl Weiss-Theater

Or. Frankfurterstr. 182.
Der Minenkönig von Transvaal.
 Ohm Krüger: Direktor Carl Weiss.
 Borzugsbillets haben Gültigkeit.
 Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

(Internationale Urania.)
Bis ans Ende der Welt.
 Ein Schauspiel der Natur in 12 Bildern und einem Prolog von Dr. M. Wilhelm Meyer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
 Gastspiel: Ensemble Walden-Jordan
Am Rande des Abgrunds.
 Volksstückspiel in 4 Akten v. R. Ficht.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Kurfürsten-Damm.

Jetzt geöffnet.
Barnum & Baileys
grösste Schausstellung der Erde.
 Nur auf 26 Tage.
 Grossartiges internationales Vergnügungs-Etablissement
 In Amerika begründet.
Ein ausgewähltes Programm von 100 Nummern
 in 3 Manegen, auf 2 Bühnen und 1 Rennbahn.

2 Menagerien 2

Billets haben Gültigkeit für alle angezeigten Sehenswürdigkeiten und geben dem Inhaber Anrecht auf einen Sitzplatz.
Keine Nachzahlungen.
 Täglich 2 Vorstellungen um 3 und um 8 Uhr. Eröffnung 1 Stunde vor Anfang der Vorstellung zur Berücksichtigung der Menagerien, der interessanten lebenden menschlichen Abnormitäten und einer ganzen Sammlung von Wunderdingen.
Preise nach Lage der Plätze:
 Entree inkl. Sitzplatz 1 u. 2 Mk.
 Sperrsitz 3
 Reservierter Platz 4
 Logo pro Platz 5
 Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1. und 2. Mark-Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im Vorverkauf bei Paul Grimm, Cigarren-Importeur, Unter den Linden No. 47.
 Der Billetverkauf findet auch an der Kasse bei Eröffnung der Ausstellung statt.

„See-Terrasse“, Lichtenberg,

Röderstr. 6.
 (Die breite Röderstr. verbindet das Steuhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg) Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.
Täglich: Konzert der Römer Bersaglieri.
 Täglich vorzögl. Elite-Programm im Variété-Theater.
 Novität: „Lichtenberg auf Stelzen“ Kolossaler Lacherfolg!
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.
Großer Vergnügungspark.
 Hippodrom, 4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stallungen, Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.
Eintrittspreis: 10 Pf., Kinder frei.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger
 Anfang:
 Montag 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.
 Entree 50 Pfennig.
 Vorverkauf 40 Pf.



Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3.
 Einzige in seiner Art.
 Ohne jede Konkurrenz.
 Billigste Familien-Unterhaltung.
 Wochent. abends 6 Uhr freies Entree.
Massen-Konzerte.
 Italien. Janitscharen-Bande Rocco.
 Eryolier Alpenländer Ridel Hipp.
 Rumänisches Orchester Kaiser.
 Österreichische Damenkapelle Jangard.
 Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.
Schießstand, Würfeltische usw.
 Schloss-Restaurant Neumühle
 Königs-Wälderhaus. 10675

Schweizer Garten

Am Königsthor. — Gaststätte der Ringbahn. — Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag: Grosses Garten-Konzert
Specialitäten-Vorstellung.
 Volksbelustigungen | Im großen Saal
 aller Art. | Ball.
 Anfang 3 Uhr. | Von Pfingsten ab täglich:
 Entree 30 Pf. | Konzert und Vorstellung.

Neues Klub-Haus

Kommandantenstr. 72.
 Neben Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Grosser Ball.** (45782)
 Große und kleine Säle mit Bühne zu Versammlungen, Festlichkeiten etc. zu vergeben. Einige Sonntage u. Sonntage noch frei. H. Ebert.
 für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (37882)
 Knabenhüte 1-3 Mk.
 Herrenhüte, weich 1,75-5,50
 steif 2,00-5,50
 Cylinderhüte 4,00-11,00
 Chapeaux claque 8,00-10,00
 im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert**
 Gut-Engros-Geschäft
 Waldemarstr. 44. part.
 Kein Laden.



Kauft!

Euren Bedarf an Stiefeln und Schuhwaren
 nur bei
Carl Neustadt,
 Weddinger Schuhwarenhaus, Chausseestr. 70,
 da man dort recht, billig und gut kauft. (46703)

Oscar Arnold, Hut-Engroslager

nur Dresdenerstr. 116.
 Herrenhüte, weich 1,50 2.- 2,50 3.- 3,50 4.- Mk.
 do. steif 2.- 2,50 3.- 3,50 4.-
 do. 2. Haarhüte 3.- 4.- 5.- 6.- 7.-
 Cylinderhüte 4.- 6.- 8.- 10.- 12.-
 Chapeaux claque 8.- 10.- 12.-
 Kinderhüte 1.- 1,25 1,50 1,75 2.- 2,50
 Herren Mützen 0,40 0,50 0,60 0,75 bis 2
 Kinder Mützen 0,30 0,40 0,50 0,75 bis 2
 Ledenhüte, Jagdhüte, Tarnhüte etc.
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
 ● Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe. ●

Grösstes Geschäft

der
Schönhauser- u. Prenzlauer-Vorstadt
 für
Herren- u. Knaben-Garderoben.
 Vollständig neu umgebaut und ganz bedeutend vergrößert. Sämtliche Sachen nach Maß sowie stark Lager werden in eignen Werkstätten angefertigt.
 Die Preise sind sehr billig aber fest, ohne jeden Abzug. — Stoffe zur Rohaufbereitung liegen in ganzen Stücken zur Ansicht.
Hugo Optiz, Schneidermeister,
Berlin N., Franseckstr. 13,
 nahe der Schüttsch Brunerei.



Haut- und Harn-Leiden

ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker,
 Georgenkirch-Platz Nr. 21.
 Sprechst. 10-11 1/2 u. 5-8.
Natur-Heilverfahren.
 Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Verunsicherung. (39782)
R. Wagner, (fr. Wallstraße 23.)
 9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Für Dampferpartien!

„Zum Sportshaus“ in Ziegenhals bei Zeuthen.
 (Vorortstation der GdR-Bahn u. Stadtbahn.)
Neu eröffnet! Gänzlich renoviert!
 Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampferfest.
 Juni, Juli und August noch Sonnabende und Sonntage frei.
 Jede Auskunft, auch per Telefon.
Hugo Engel, Berlin O., Teltowstr. 87. Tel. Amt VII a Nr. 7703.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. N. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentlich. I. H. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Geschäftliche Mitteilung.

R. Grüns 46272
 langjährig bestehendes **Schuhwaren-Geschäft,**
 früher Andreas-Strasse, hat seine Verkaufsräume nach **Frankfurter-Strasse 134,** neben dem Carl Weiss-Theater, verlegt und bedeutend erweitert. Gleichzeitig zieht die Firma bekannt, dass sie zukünftiger Lieferant der **Adapt-Sparvereine** Oststadt und Nordost werden wird.

Borläufige Anzeige!

Hiermit die gest. Anzeige, daß ich am Sonnabend, den 19. Mai, in meinem Hause
Rixdorf, Hermannstr. No. 40
 eine **Rind- und Schweine-Schlächtere**
 eröffne. Es wird mein Bestreben sein, durch gute Ware zu solidem Preise mit dem Vertrauen meiner geehrten Nachbarschaft zu erwerben.
Gustav Schmiede!, Schlächtermeister,
Hermannstr. No. 40.

Wer Freund einer guten sparsamen Küche ist, verwende

Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
 Zu haben bei **D. Saenger,** Mehl-, Butter-, Backwaren- und Kolonialwaren-Geschäft, Berlin O., Frankfurter-Allee 199, neben d. Apotheke.

Fahrräder.

Stets großes Lager
 erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl,
 ohne Verdrößerung
 in den konstanten Jahrl.
 Weibung. Restl. gratis
 Wenig gebrauchte
 Räder für
 Herren und
 Damen zu
 billigen Preisen unter Garantie.

Adomelt & Landau

Lothringerstr. 48 I.
 Platz am Rosenthaler Thor.
Schultze,
 Wasserthorstr. 1/2, I.
 Behandlung aller Haut-, Harn- und Blasenleiden ohne jegliche Verunsicherung. 3973L.
 Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
 Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.
 Bei Sorgeleistung der Verbandstärke 10 Proz.

Charlottenburg.

M. Schomerberg (40993)
 Wilmersdorfer-Str. 127,
 Uhrmacher und Goldarbeiter.
 Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
 Optische Artikel. Ohrstöcher werden schmerzlos gelassen.

Böhm'sche Malzbier-Brauerei

Emil Cantieni (44702)
 Colbergerstr. 19. T. H. II. 2309.
Primo Malz, u. Weibier zum Selbstbrennen, des es und billiges Familiengetränk a Lit. 10 Pf. Versand in Fässern a 5 u. 10 Utr. frei Haus.
Angelbude mit Bootband vermischt. (30 22.)
Beyer, Remmle Königs-Wälderhaus, Restauration zur Schenke. (10585)

Möbelstoffe!

auch Reste! alle Qual. selten billig!
 Gelegenheitskauf:
Mocquet-Plüsch 5,85 Mk. per Meter (130 cm breit). (40012)
Wulst v. n. näherer Angabe franco. **Berlin N., Emil Lefèvre, Cranienstr. 158.**



Haut- und Harn-Leiden

ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker,
 Georgenkirch-Platz Nr. 21.
 Sprechst. 10-11 1/2 u. 5-8.
Natur-Heilverfahren.
 Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Verunsicherung. (39782)
R. Wagner, (fr. Wallstraße 23.)
 9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Für Dampferpartien!

„Zum Sportshaus“ in Ziegenhals bei Zeuthen.
 (Vorortstation der GdR-Bahn u. Stadtbahn.)
Neu eröffnet! Gänzlich renoviert!
 Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampferfest.
 Juni, Juli und August noch Sonnabende und Sonntage frei.
 Jede Auskunft, auch per Telefon.
Hugo Engel, Berlin O., Teltowstr. 87. Tel. Amt VII a Nr. 7703.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. N. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentlich. I. H. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Geschäftliche Mitteilung.

R. Grüns 46272
 langjährig bestehendes **Schuhwaren-Geschäft,**
 früher Andreas-Strasse, hat seine Verkaufsräume nach **Frankfurter-Strasse 134,** neben dem Carl Weiss-Theater, verlegt und bedeutend erweitert. Gleichzeitig zieht die Firma bekannt, dass sie zukünftiger Lieferant der **Adapt-Sparvereine** Oststadt und Nordost werden wird.

Borläufige Anzeige!

Hiermit die gest. Anzeige, daß ich am Sonnabend, den 19. Mai, in meinem Hause
Rixdorf, Hermannstr. No. 40
 eine **Rind- und Schweine-Schlächtere**
 eröffne. Es wird mein Bestreben sein, durch gute Ware zu solidem Preise mit dem Vertrauen meiner geehrten Nachbarschaft zu erwerben.
Gustav Schmiede!, Schlächtermeister,
Hermannstr. No. 40.

Wer Freund einer guten sparsamen Küche ist, verwende

Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
 Zu haben bei **D. Saenger,** Mehl-, Butter-, Backwaren- und Kolonialwaren-Geschäft, Berlin O., Frankfurter-Allee 199, neben d. Apotheke.

Fahrräder.

Stets großes Lager
 erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl,
 ohne Verdrößerung
 in den konstanten Jahrl.
 Weibung. Restl. gratis
 Wenig gebrauchte
 Räder für
 Herren und
 Damen zu
 billigen Preisen unter Garantie.

Adomelt & Landau

Lothringerstr. 48 I.
 Platz am Rosenthaler Thor.
Schultze,
 Wasserthorstr. 1/2, I.
 Behandlung aller Haut-, Harn- und Blasenleiden ohne jegliche Verunsicherung. 3973L.
 Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
 Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.
 Bei Sorgeleistung der Verbandstärke 10 Proz.

Charlottenburg.

M. Schomerberg (40993)
 Wilmersdorfer-Str. 127,
 Uhrmacher und Goldarbeiter.
 Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
 Optische Artikel. Ohrstöcher werden schmerzlos gelassen.

Böhm'sche Malzbier-Brauerei

Emil Cantieni (44702)
 Colbergerstr. 19. T. H. II. 2309.
Primo Malz, u. Weibier zum Selbstbrennen, des es und billiges Familiengetränk a Lit. 10 Pf. Versand in Fässern a 5 u. 10 Utr. frei Haus.
Angelbude mit Bootband vermischt. (30 22.)
Beyer, Remmle Königs-Wälderhaus, Restauration zur Schenke. (10585)

Möbelstoffe!

auch Reste! alle Qual. selten billig!
 Gelegenheitskauf:
Mocquet-Plüsch 5,85 Mk. per Meter (130 cm breit). (40012)
Wulst v. n. näherer Angabe franco. **Berlin N., Emil Lefèvre, Cranienstr. 158.**



Zur Lohnbewegung der Straßenbahn-Angestellten.

Von dem Generalstreik ist nichts zu befürchten! so ruft die „National-Zeitung“ herabigend dem über die große Regsamkeit der Angestellten im Straßenbahnbetrieb nervös gewordenen Bourgeois zu und damit hat sich, wie wir voraussetzten, in richtiger Erkenntnis seiner Aufgabe in der bürgerlichen Presse bereits eine Stimme gefunden, die das Interesse der Aktionäre wahrnimmt. Wie könnte es anders sein! Wo das Interesse der nach Dividenden strebenden Kapitalisten in Frage kommt, haben Arbeiterforderungen zu schweigen, diesen Grund hat die Presse vom Schlage der „National-Zeitung“ getrennt; in immer geringerer Aufmerksamkeit mit den in kapitalistischer Ausbeutung rücksichtslos aufstrebenden Aktionären und Grundbesitzern gewahrt. Aber der Konflikt ist enger als die „National-Zeitung“ annimmt. Wohl haben die Angestellten lange das Hoch geduldet getragen und manche Demütigung erduldet, wer aber die Versammlungen gesehen hat, der weiß, daß es mit dieser Unterwürfigkeit der Angestellten vorüber ist und die Angestellten ihre Rechte mit aller Entschiedenheit verteidigen werden.

Ueber die Stellung der Straßenbahn-Gesellschaft zum Streik weiß die „National-Zeitung“ zu berichten:

Die weitergehenden Forderungen der Streiklustigen zu bewilligen, erklärt sich die Direktion außer Stande, weil dies, wie ein einfaches Rechenexempel lehrt, die Gesellschaft finanziell ruinierten würde. Auch scheint es sich in dieser Bewegung der Straßenbahn-Angestellten weniger um die Erzielung günstigerer Arbeitsbedingungen zu handeln, als um die Absicht der Socialdemokratie, die Angestellten in ihre Organisation hineinzuziehen. Diese Absicht hat die Direktion der Straßenbahn längst erkannt und seit Jahr und Tag für die Eventualität eines Ausstands ihre Vorbereitungen getroffen. Sie rechnet damit, daß es nur zu einem partiellen Streik kommen werde, daß die älteren und besonnenen Leute ihr trenn bleiben und sich wohl bedenken werden, eine auskömmliche Lebensstellung leichtfertig aufzugeben. Mit diesem Stimm und unter Heranziehung der vorgewerkten Bewerber hofft die Direktion, den Betrieb, wenn auch unter zeitweiliger Einschränkung desselben, aufrecht erhalten zu können.

Sah bei solchen Lohnbewegungen, die das Los einer so bedrückten Arbeiterkategorie bessern will, die Socialdemokratie als die Förderin der Bewegung hingestellt wird, kann die Partei nur ehren, obwohl die Thatsache nicht richtig. Das Verdienst gehört der Gewerkschaft. Die „Volks-Zeitung“ empfindet denn auch in einer Polemik gegen die „National-Zeitung“, wie sehr der Kommunal-freisinn gegen das tapfere Eintreten der Socialdemokraten für die Angestellten der Straßenbahn zurücktritt. Gewiß, das kann sich die Socialdemokratie als ihr Verdienst anrechnen, daß sie den Schwachen und Bedrängten alle Zeit ein Schützer war und deshalb prokl die althergebrachte, daß die Bewegung eingeleitet sei, der socialdemokratischen Organisation neue Mitglieder zuzuführen, statt zu Boden. Bei einer Gesellschaft, die an Dividenden jährlich mehr zahlt als an Arbeitslöhnen, die Forderung der Angestellten als finanziellen Gewinn der Gesellschaft zu bezeichnen, ist eine dumme und verwerfliche, hinter der sich das naive Interesse gewinngieriger Interessenten verbirgt. Die Forderung können die Vorkämpfer der Straßenbahn-Gesellschaft sollen lassen, daß die Streikbewegung zahlreich genug sein werden, bei einem Streik den Betrieb aufrechtzuerhalten. Kommt es zum Streik, dann ruht der ganze Betrieb!

Weshalb noch als die „National-Zeitung“ ist Herr Schweinburg, der Kommissar des Centralverbandes der Industriellen, als Scharfmacher thätig. Er schreibt:

Für das Verhalten der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft giebt es hiernach nur eine richtige Direktion: sie muß ertragen, daß es sich nicht bloß um materielle Augenblicksinteressen handelt. Ganz abgesehen davon, daß wenn die Gesellschaft jetzt ihre Autorität auf solcher Mühsalstützen willens preisgibt, das die Ende sehr bald nachfolgen würde, handelt es sich vor allem um die Interessen der gesamten Arbeiterschaft und des Staats selbst. Es handelt sich um eine schwerwiegende Entscheidung in dem Kampfe, ob der Unternehmer Herr in seinem eigenen Hause bleiben oder die Herrschaft an die Socialdemokratie abgeben soll. Es darf daher erwartet werden, daß die Gesellschaft sich ihrer Verantwortung voll bewußt bleiben und sowohl jede Verhandlung mit andrer als ihren Angestellten, namentlich mit Socialdemokraten, ablehnen, als den Kampf im übrigen mit voller Entschiedenheit durchzuführen und insbesondere darüber keinen Zweifel lassen wird, daß für Kontrollirbare in ihrem Dienste kein Platz ist. Das Publikum aber wird sich erinnern müssen, daß es einen Kampf im Interesse des Gemeinwohls gegen die Herrschaftsbefreiungen der Socialdemokratie gilt und daß es in seinem eigenen Interesse handelt, wenn es dabei der Gesellschaft zur Seite steht.

Wenn die Arbeiter anständige Behandlung verlangen, bessere Löhne, Schutz gegen den Anfall der Bitterung und Mühe nach schwerer Arbeit dann ist nach der Auffassung kapitalistischer Soldatensoldaten immer die Autorität in Gefahr. Nun wohl, gegen diese Autorität, die mit der Gewandtheit der Arbeiter ein freiespielendes Spiel treibt, die tausende von Familien in bittere Not gebracht hat, die inwilde Arbeiter rücksichtslos auf die Straße geworfen hat, gegen diese Autorität soll gekämpft werden, trotz aller Scharfmacher, trotz aller gewerkschaftlichen Verleumder der Arbeiterbewegung. Das Publikum aber kennt die Geschäftspraxis dieser harmonischen Gesellschaft zur Genüge, es kann in seinem Urtheil nicht irre gehen.

Ueber den Stand der Bewegung wird und berichtet: Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn hat die von den Angestellten gewählte Kommission zu heute (Freitag) vormittags 11 Uhr nach dem Direktionsbureau geladen, um mit ihr über die aufgestellten Forderungen zu verhandeln. Wie bei früheren Gelegenheiten, so hat die Direktion auch diesmal erklärt, daß sie diese Verhandlungen nur mit Angestellten ihres Betriebs führen wolle, und alle dem Betrieb nicht Angehörigen grundsätzlich ausgeschlossen sind. Das richtet sich natürlich gegen die beiden Verbandsmitglieder, die der Kommission angehören. Wie bis jetzt verlautet, ist die Direktion bereit, den Führern Regemündel zu liefern und an den Endpunkten der Straßenbahnlinien Bedürfnisanstalten errichten zu lassen. Wie sich die Direktion zu den Hauptforderungen der Angestellten stellt, wird abzuwarten sein. Sollten die heutigen Verhandlungen zu keinem Resultat führen, so ist der Streik unvermeidlich. Nach der Stimmung, welche unter den Angestellten herrscht, zu urtheilen, kann die Direktion nicht darauf rechnen, daß ihr so viel Personal zur Verfügung bleibt, um den Betrieb auch nur notdürftig aufrecht erhalten zu können. Allerdings hat sich ja die Direktion auf den Streik vorbereitet, indem sie etwa 400 Leute neu eingestellt hat, die inzwischen für den Bahnbetrieb angelernt worden sind, um als Streikbrecher verwendet werden zu können. Diese Rekruten sind allerdings noch nicht so weit ausgebildet, daß sie als Arbeitskräfte aufzutreten könnten, denn es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob man mit den leeren elektrischen Wagen auf dem Bahnhof herumfährt oder ob man einen mit Fahrgästen besetzten Wagen durch das Gewühl der belebtesten Straßen der Großstadt zu führen hat. Uebrigens hat sich die Direktion getraut, wenn sie meint, in den neuangestellten Leuten arbeitswillige Elemente gefunden zu haben. Auch diese, obgleich von auswärts herangezogen, haben sich mit ihren Kollegen in vollem Umfang solidarisch erklärt, und werden, wenn es zum Streik kommt, sich nicht als Streikbrecher verwenden lassen.

Tokales.

Die Reorganisation der Berliner Gemeindefschule, die seit längerer Zeit geplant wird und sich äußerlich als eine Umwandlung des Sechsstufen- in ein Siebenstufen-System darstellt, ist bis zur Vollendung der nun notwendig gewordenen Umarbeitung des Lehrplans vorgeschritten. Der von der Schuldeputation ausgearbeitete Entwurf des neuen Lehrplans ist kürzlich den Direktoren zugegangen und wird in den Lehrerkollegien beraten werden. Etwasige Abänderungs-Vorschläge sollen der Schuldeputation mitgeteilt werden, doch ist kaum zu erwarten, daß solche Vorschläge an zuständiger Stelle sonderliche Beachtung finden werden.

Auf die Einzelheiten des Entwurfs, namentlich auf die Auswahl und Verteilung des Lehrstoffes einzugehen, ist hier nicht der Ort. Nur das sei gesagt, daß, soweit bis jetzt darüber bekannt geworden ist, die Verteilung des bisherigen Lernstoffes auf die einzelnen Klassen keine wesentlich andere als früher ist. Erweitert ist der Lehrstoff für die obersten Klassen, damit den rascher fortschreitenden Kindern in den letzten Schuljahren noch eine Vertiefung ihres Wissens geboten werden kann. Dies sind bei der Auswahl des Stoffes namentlich auch die Naturwissenschaften berücksichtigt worden. Bei dem bisher herrschenden Sechsstufen-System pflegten gerade die besten Schüler, die schon mit Vollendung des 11. Jahres in die 1. Klasse eintreten und nun noch volle drei Jahre hier abtun müssen, leicht zu verblümmeln. Bei dem geplanten Siebenstufen-System werden solche Schüler nur noch zwei Jahre in derjenigen Klasse zubringen müssen, die künftig die oberste bilden wird. Nach dem Entwurf soll, wenn eine hinreichende Zahl von Schülern die oberste Klasse rechtzeitig durchlaufen, noch eine allerbeste (10) aufgesetzt werden können, so daß dann ein Auktus-System herauskäme. Voraussetzung für die Errichtung einer 10 ist aber, daß sie genügend voll wird. Man hält wohl bei höheren Lehranstalten Klassen mit weniger als 30 oder 20 und selbst mit weniger als 10 Schülern für zulässig, aber nicht bei Gemeindefschulen. Wir werden also gut thun, bis auf weiteres nur auf ein Siebenstufen-System zu hoffen.

Diejenigen Bevölkerungskreise, die ihre Kinder in die Gemeindefschule zu schicken pflegen, wird vermutlich auch die Frage interessieren, welche äußeren Wirkungen sich für die Kinder aus der Neu-Ordnung ergeben. In einer Schule, wo die Kunde von der geplanten Aenderung bereits bis zu den Ohren der Kinder gedrungen war, hat es bei vielen Kindern — und vielleicht auch bei manchen Eltern — Verwirrung hervorgerufen, daß sie „zurückverlegt“ werden sollen. Das ist natürlich ein Irrthum. Wer z. B. in Klasse IV saß, der ist, auch wenn er fortan zu Klasse V zählt, nicht zurückverlegt, wo er saß, nämlich in der dritten Klasse von unten. Zählt man nicht nach Klassen, sondern nach Schuljahren (wobei eine regelmäßige Beförderung angenommen wird), so ist auch die Zahl der Schulstunden gegen früher nicht geändert. Wenn heute in Klasse VI und V (1. und 2. Jahr) wöchentlich 22 Stunden, in IV (3. Jahr) 28 Stunden, in III und II (4. und 5. Jahr) für Knaben 30, für Mädchen 32 Stunden, in I (6., 7., 8. Jahr) 32 Stunden gegeben werden, während künftig in V (nun 3. Jahr) 28 Stunden, in IV und III (nun 4. und 5. Jahr) für Knaben 30, für Mädchen 32 Stunden gegeben werden sollen usw., so ist eben nur die Nummerierung der Klassen eine andere geworden. Auch der Zeitpunkt, an dem die einzelnen Lehrfächer zum erstenmal an das Kind herantreten, ist fast überall derselbe geblieben. Bei den Mädchen treten zum Beispiel die Handarbeiten bisher zuerst in Klasse IV (3. Jahr) auf, wofür die Mädchen dann weniger Deutsch als die Knaben hatten, künftig wird dasselbe in V (nun 3. Jahr) der Fall sein. Die Knaben hatten Geometrie bisher zuerst in II (5. Jahr), künftig haben sie sie zuerst in III (nun 5. Jahr).

Im allgemeinen werden die meisten Eltern von der Reorganisation der Gemeindefschule nur wenig merken, wenigstens in den unteren und mittleren Klassen. Sie würde ihnen noch weniger auffallen, wenn bei uns — wie anderwärts vielfach üblich — die unterste Klasse stets als Klasse I bezeichnet worden wäre, so daß auch die Verchiebung der Nummern wegfiel. Für die zahlreicheren Kinder, die es unter dem Sechsstufen-System im letzten Schuljahr nur bis zur 2. oder im günstigsten Fall gerade noch bis zur 1. Klasse bringen, ist durch das Siebenstufen-System allein auch wirklich nicht viel gewonnen. Nach wie vor muß zweierlei verlangt werden: Befreiung des Lehrplans von allem überflüssigen, das Gedächtnis unnütz belastenden Stoff, Ballast und Herabsetzung der Frequenz. Daß die Schuldeputation das nicht gethan hat, kann man ihr billigerweise nicht zum Vorwurf machen. Sie könnte, selbst wenn sie es wollte, z. B. weder den Religionsunterricht an der Schule in die Kirche verweisen, noch den Gebichtsunterricht über das Niveau einer bloßen Vorbereitung des Hohenzollernhauses hinausheben. Das hängt von anderen Faktoren ab, als von einer städtischen Schuldeputation. Was aber die Frequenz betrifft, so ist bekannt, daß die Schuldeputation, sobald der Geldbeutel in Frage kommt, erst recht nicht nach Belieben spalten und walten darf.

Eine Taktlosigkeit sondergleichen nennt es die „Freisinnige Zeitung“, daß in dem Flugblatt unserer Genossen im V. Wahlkreis als Referent für die gestrige Versammlung der Abgeordneten R. Fischer bezeichnet wurde mit der ausdrücklichen Befugnis: „Der Referent der Wahlprüfungs-Kommission“. Wir werden ersucht, dem gegenüber zu konstatieren, daß Genosse Fischer von dieser — allerdings wenig geschmackvollen — Form der Anündigung selbstverständlich vorher nicht unterrichtet war, daß er vielmehr sofort, nachdem er davon Kenntnis erhalten, die Anordnung getroffen hat, aus der Versammlungs-Anzeige im „Vorwärts“ die betreffende Befugnis zu entfernen.

Die Cigaretten-Fabrikation ist für Deutschland ein noch ziemlich junger Industriezweig. In Berlin wird sie erst seit ca. zehn Jahren fabrikmäßig betrieben. Bis dahin war Dresden die einzige Stadt Deutschlands, in der die Anfertigung von Cigaretten im großen stattand. Berlin steht hierin auch jetzt noch gegen Dresden weit zurück. Die Berliner Fabrikation hat schon bedeutend an Ausdehnung gewonnen und wächst seit einigen Jahren sehr viel schneller als die in Dresden. Während die größten Firmen Dresdens den Markt mit billigen Maschinen-Cigaretten — schon von 4 M. pro Kiste an zum 1 Pfennig-Verkauf — versehen, liefern die bedeutenderen Betriebe Berlins zum größten Teil bessere Sorten Cigaretten zum 3. und 4 Pfennig-Verkauf. Dresden ist heute für Anstattungsfragen, Berlin für Qualitätsfragen maßgebend.

Obgleich die deutschen Fabrikate den ausländischen durchaus ebenbürtig sind, werden noch vielfach ausländische, besonders ägyptische Cigaretten den deutschen vorgezogen. Da aber bekanntlich in Ägypten gar kein Tabak wächst, müssen ihn die dortigen Fabrikanten genau wie die hiesigen, aus der Türkei beziehen, um ihn dann in derselben Weise zu verarbeiten, wie es in Deutschland geschieht.

In Berlin bestehen etwa 100 Cigarettenfabriken; jedoch fertigen noch zahlreiche Labendestiller Cigaretten für den Detailverkauf selbst an. Auch giebt es Arbeiter, die den zubereiteten Tabak kaufen und die selbstgefertigten Cigaretten teils an Privats, teils an Gastwirthe verkaufen. Die Berliner Fabriken beschäftigen ca. 800 Cigarettenarbeiter und Arbeiterinnen (darunter etwa 40 Hausarbeiter) und 800 Hilfsarbeiter bzw. Arbeiterinnen (Tabakschneider, Cigarettenpaderinnen etc.) Mit Fabriken arbeiten mit Motoren, welche jedoch nur zur Tabakzubereitung Verwendung finden, während die eigentliche Herstellung der Cigaretten fast durchweg Handarbeit ist. Nur einige Fabriken benutzen zur Anfertigung der Cigaretten teilweise kleine Handmaschinen, die sich jedoch nicht bewähren sollen.

Die Dresdener Fabrikanten haben zum Teil schon seit Jahren große Maschinen im Betrieb, von denen jede täglich etwa 70 000 Cigaretten liefert. Die betreffende Ware kommt aber nur für billige Preisstellungen in Betracht; deren Herstellung ist in Berlin noch nicht eingeführt.

Nach Deutschland wurden im Jahre 1899 insgesamt 3214 Doppelcentner Cigaretten im Wert von 6 505 000 M. eingeführt (gegen 2803 Doppelcentner im Wert von 5 289 000 M. im Vorjahr). Die Einfuhr aus Ägypten allein stellte sich 1899 auf 1756 Doppelcentner im Wert von 4 214 000 M. Die Ausfuhr deutscher Fabrikate stellte sich 1899 auf 929 Doppelcentner im Wert von 706 000 M. (gegen 826 Doppelcentner im Werte von 681 000 M. im Jahre 1898). Die Hauptabnehmer deutscher Cigaretten waren Japan mit 368 und Dänemark mit 227 Doppelcentner.

Einen Ausflug nach Summt veranlaßt am Sonntag die Arbeiter-Bildungsschule. Die Abfahrt erfolgt vom Stettiner Bahnhof morgens 7 Uhr 30 Minuten, vom Bahnhof Gesundbrunnen 7 Uhr 36 Minuten. Billets werden bis Hohen-Reuen-dorf gelöst. Die Ankunft in Summt ist auf 12 1/2 Uhr berechnet; die Rückfahrt von Birkenwerder wird 9 Uhr 49 Minuten angetreten.

Im städtischen Arbeitshaus befanden sich am Vorigen am 31. Dezember 1899 1094 Männer, 128 Frauen. Im Vierteljahr Januar bis März d. J. wurden 261 Männer und 61 Frauen neu aufgenommen und 286 Männer und 46 Frauen entlassen, so daß am 31. März d. J. ein Bestand von 1263 storrigen (1119 männliche, 144 weibliche) verblieb. Außerdem befanden sich in der Anstalt am 31. März 540 Hospitalisten (428 männliche, 112 weibliche). Während der Monate Januar bis März 1900 befanden sich im Arbeitshaus durchschnittlich täglich von den storrigen 1245, von den Hospitalisten 562 Personen. Im Durchschnitt waren demnach täglich 1807 Personen von der Verwaltung des Arbeitshauses zu verpflegen.

Erkrankung an schwarzen Pocken. Zu dem gestern von uns gemeldeten Fall von Erkrankung an schwarzen Pocken wird von einem Berichterstatter noch folgendes mitgeteilt: Am Donnerstag, dem 10. d. M., abends 8 Uhr, erschien bei der in der Lintenstr. 11 wohnenden Familie Jakobsohn, die daselbst ein Pensionat unterhält, eine junge elegant gekleidete, dicht verkleidete Dame mit einem vierjährigen Knaben und verlangte ein Zimmer für die Nacht. Am Freitagmorgen entfernte sich die Fremde heimlich und ließ das Kind zurück, ohne wieder in dem Pensionat zu erscheinen. Tags darauf machte Herr J. der Polizei Mitteilung von dem spurlosen Verschwinden seines Gastes, und die sofort aufgenommenen Recherchen ergaben, daß die Fremde in der Charité an den schwarzen Pocken daniederlag. Die Erkrankte ist eine Frau Linkelstein aus Komno in Ruhland. Als der Arzt in Ruhland bei Frau Linkelstein die Diagnose auf schwarze Pocken gestellt, ist die Erkrankte mit ihrem Kind eilends nach Berlin gefahren, um sich hier behandeln zu lassen. Sie ist gleich am Morgen nach ihrer Ankunft nach der Charité gegangen und natürlich sofort zurückgehalten worden. Auf Anordnung der Polizei ist der Knabe der Linkelstein, der sich im übrigen wohl befindet, von einem in der Alten Schönhauserstraße wohnenden Sanitätsrat mit Schutzmantel versehen und die Jakobsohnsche Wohnung desinfiziert worden. Bis jetzt ist das Befinden der Frau Linkelstein ziemlich zufriedenstellend. Die Sache dürfte im einzelnen wohl etwas anders liegen. Im übrigen ist das gelegentliche Auftreten von schwarzen Pocken in Deutschland durchaus nicht so etwas sehr Seltenes.

Ordnungsgewandenes. Eine Korrespondenz verbreitet folgende Nachricht: Eine kauschen erregende Affaire beschäftigt wieder einmal den Kriminalkommissar Damm. Gegenwärtig schwebt ein Ermittlungsverfahren gegen die Rentiere S., welche in der Schützengasse eine elegante Wohnung unterhielt, von der sie Zimmer abvermietet und zu einem unbilligen Verkehr zwischen hochgestellten Kavallieren und jugendlichen Mädchen im Alter von 14—16 Jahren hergegeben haben soll. Da aber bisher eine Verhaftung der Wohnungsinhaberin nicht erfolgt ist, so wird man abwarten müssen, wieviel Beweismaterial die hiesige Kriminalpolizei herbeizuschaffen imstande ist. Nach dem jetzigen Stand der Recherchen werden fünf Herren beschuldigt, in der Wohnung der genannten Dame minderjährige Mädchen verführt zu haben. Oberan steht ein Regierungsdirektor, der in einem Ministerium arbeitet, und ein Rentier, ferner ein sehr begabter Professor, ein Fabrikant und ein Rechtsanwalt. Die Eltern der in Betracht kommenden Mädchen gehören dem ärmeren Stande an; ein Droßknechtlicher und eine Waisenkinder haben die Anzeige gegen die Genannten erstattet. Die Untersuchung ist auch in diesem Fall sehr schwierig, als seitens der Vertheidigten alles angeboten wird, den Thatbestand zu verunkeln. Im übrigen erfahren wir hierzu: Der Kriminalpolizei war es schon seit längerer Zeit aufgefallen, daß in der Friedrichstraße bezw. Unter den Linden häufig eine elegante Dame mit jungen Mädchen, die in aufgelösten Haaren einherkollerten, promenirte und leicht geneigt war, sich von älteren eleganten Herren ansprechen zu lassen. Da aber dertartige Vorgänge in einer Residenzstadt wie Berlin nur allzu häufig vorkommen, auch die angestellten Beobachtungen keinen Anhalt zum Einschreiten gegen die Frau boten, so ließ die Polizei die Sache fallen. Auf die Anzeige hin wurde jetzt gegen Frau S. vorgegangen.

Eine Unfallversicherung für das Handgelenk erstrebt der „Volk. Jg.“ zufolge der Bund deutscher Frauenvereine; er hat mit entsprechender Begründung an den Reichstag die Bitte gerichtet, die Regierung um baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, der eine dertartige Versicherung ermöglicht.

Auf die Beschwerde gegen den Amtsdirektor Prof. Vornhof, welche der deutsche Tierärzverein an den Justizminister gerichtet hat, ist folgender Bescheid eingetroffen: Dem deutschen Tierärzverein teile ich auf das an den Herrn Justizminister gerichtete, an mich zur Prüfung und weiteren Veranlassung gefangene Schreiben vom 3. April mit, daß die abfällige Kritik des Amtsdirektors Vornhof in den betreffenden Urteilen über das Verhalten der Tierärzvereine von mir in keiner Weise gebilligt wird und daß ich im übrigen das Gelegene veranlaßt habe. Der Wirkliche Geheimrat gez. (Drenkmann).

Der Amtsdirektor Prof. Vornhof hatte bekanntlich bei Fällung eines gerichtlichen Urteils sich mißbilligend über das Schreiben der sogenannten Tierärzvereine und ihrer Mitglieder, die sich fortgesetzt um fremde Angelegenheiten kümmern, ausgesprochen.

In dem Mordprozeß Gönczi sind gestern die Akten von der Staatsanwaltschaft an den Ober-Rechtsanwalt zur Vorlegung an das Reichsgericht behufs Anberaumung des Verhandlungstermins in der Revisionsinstanz abgegangen worden. Der Oberstaatsanwalt Heubiel hat auf die von dem Rechtsanwalt Dr. Herbert Franke I. eingereichte Revisionschrift eine umfassende Entgegnung zu den Akten gebracht. Der Termin vor dem Reichsgericht dürfte nicht vor Ende Juni er. anberaumt werden. Gönczi hat keinen Verteidiger dringend anbehten, die Revision vor dem Reichsgericht persönlich zu vertreten. Die von einigen Zeitungen veröffentlichte Nachricht, daß Gönczi mit Dänenleben beschäftigt wird, ist unrichtig; vielmehr vertreibt sich der verurteilte Raubmörder die Zeit mit dem Niederschreiben seiner reichen Erlebnisse, die er seinem Verteidiger widmet. Er hat dabei den Wunsch ausgedrückt, daß dieser sein Erzeugnis zur Veröffentlichung bringen möchte. — Frau Gönczi befindet sich immer noch im St. Hedwigs-Krankenhaus, wohin ihr Gatte gestern einen sehr langen Brief gefandt hat.

Durch einen Sturz aus dem Fenster verunglückte gestern morgen das 17 Jahre alte Ainderwädchen Frida Oze, die Tochter eines hiesigen Schneidemeisters, das Leben zu nehmen. Das Wädchen war seit drei Monaten bei dem Kaufmann Boas, Kaplerstraße 3, in Stellung und hatte zwei Kinder zu beaufsichtigen. Nach-

Horn teilt nun Frau V. mit, daß die Hüften ihrer Kinder diese auf Spaziergängen häufig schlage, und infolgedessen stelle vorgefertigte nachmittags die Dienstherrin das Mädchen zur Feder und fändigte ihr die Entlastung an, wenn es sein Verhalten nicht ändere. Gestern morgen um 7 1/2 Uhr verließ die Getadelte die im zweiten Stock gelegene Wohnung, ging auf die Hintertreppe und stürzte sich durch die oberen Ränge des Treppenturms auf den asphaltierten Hof hinab. Die Arme wurde schwer verletzt von Hausbewohnern aufgehoben, in den Flur des Energiehauses getragen und darauf auf Anordnung zweier herbeigerufenen Ärzte nach dem Krankenhaus am Urban transportiert, wo sie hoffnungslos daniederliegt.

Jungen gesucht. Die Personen, welche gesehen haben, wie am Dienstag, den 15. d. M., abends gegen 6 Uhr, ein Schuttmann an der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße das Pferd einer Droßkule erster Klasse traktierte, werden gebeten, im Vertriebsbureau der Berliner Droßkulentischer, Schützenstr. 38, ihre Adresse abzugeben.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist Donnerstagmittag der 41 Jahre alte Tischler August Spielmann aus Friedenau. Dieser wollte in einer Werkstatt in der Frankfurter Allee Bretter von einem Stapel herunternehmen, fiel mit der Leiter um, stürzte aus einer Höhe von zwei Meter auf eine Hohlbohle und wurde von den nachstürzenden Brettern am Schädel und innerlich so schwer verletzt, daß man ihn mit einem Lüschigen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen mußte.

Auf dem Halteplatz vom Tod ereilt wurde in der Nacht zum Donnerstag der 48 Jahre alte Straßenbahnfahrer Josef Mo (Marck) aus der Kaiserin Augustastr. 38 zu Tempelhof. Monksch, der seit 16 Jahren im Dienst war, hielt gegen 11 1/2 Uhr mit einem Wagen der Linie Schrenkstraße-Mariendorf an der Ecke der Friedrich- und Schrenkstraße und wurde hier plötzlich von einem Blitzschlag getroffen. Ein Kontrolleur wollte ihn mit einer Droßkule nach der Unfallstation bringen, er starb jedoch schon auf dem Weg dorthin. Der Mann war fast niemals krank gewesen.

In der Nebenwaldschen Mordache scheint die Kriminalpolizei allmählich von dem Glauben an die Schuld des in Haft befindlichen Wily Gluth abzukommen. Sie hat in den letzten Tagen eine neue Spur aufgenommen, die möglicherweise der Untersuchung eine andre Wendung geben kann. Sie hat nämlich in der Person eines angeblichen Nähmaschinen-Reisenden einen Verdächtigen festgenommen. Dieser Mann soll kurz vor der Ermordung des Nebenwald in dem Hause des öfteren gesehen worden sein. Dieses Gebäude hat beiläufig einen Eingang von der Birkenstr. 42 und einen solchen von der Bredowstr. 23. Bei einzelnen Bewohnern beider Grundstücke hat die Polizei die Befugnisse der Nachforschungen vorgenommen, ob sie nicht an den Nähmaschinen eine Reparatur auszuführen hätten. Es liegt die Möglichkeit nahe, daß er auch bei der alten Dame gewesen und von dieser in die Wohnung eingelassen worden ist. Donnerstagsvormittag waren zwei Hausbewohner, die sich des betreffenden noch genau entsinnen, nach dem Polizeipräsidium geladen, wo ihnen der Festgenommene zur Recognition vorgeführt werden sollte. Den beiden, den Conspicienten A. und der Frau B., ist über das Ergebnis der Konfrontation strenges Stillschweigen zur Pflicht gemacht worden.

Zwei Hehlermeister sind vorgestern von der Kriminalpolizei ausgenommen worden. Zwei Geschäftsmänner machten sich dadurch verdächtig, daß sie fortgesetzt mehr ausgaben, als ihnen der Umfang ihres Geschäfts erlaubte. Die Kriminalpolizei, der mehrere Diebstahle gemeldet worden waren, kam auf den Gedanken, daß die beiden Männer mit gestohlenen Waren umlante Hehlergeschäfte betreiben könnten, um ihren Aufwand zu bestreiten. Diese Vermutung wurde ihr zur Gewissheit, als sie bei längerer Beobachtung sah, wie ein ihr als Dieb bekannter Mann ein Paket, das er unter dem Hehlermeister trug, in das eine Geschäft hineintraug und nach längerem Aufenthalt dort zurückließ. Peante nahm diesen Dieb bei seiner Rückkehr in Empfang und ermittelte, daß der eine Geschäftsmann mit dem andern in regem Verkehr stand. Hausdurchsuchungen bei beiden förderten für 3000 Mark Waren aus Tageslicht, über deren rechtlichen Erwerb sie sich nicht genügend ansprechen konnten, Cigaretten, Wein, Konerven und verschiedene andre Sachen, die von Haus- und Bodendiebstählen herrühren und von den Eigentümern als ihnen gestohlen bereits erkannt sind. Die beiden Geschäftsinhaber, die verhaftet wurden, wollen der Hehlererei nicht schuldig sein. Sie sind bisher nicht bestraft und wollen nicht gewillt haben, daß die Waren gestohlen sind, müssen aber zugeben, daß sie sie weit unter dem Werte gekauft haben, und wollen nicht wissen, wer ihre Lieferanten sind.

Mit den Ursachen zum Selbstmord des Arbeiters Eis verhält es sich wesentlich anders als wir vorgestern nach andern Blättern berichteten. Was wird in der Angelegenheit von der Firma Conrad u. Geibler, Moritzstr. 14-15, geschrieben: Der Arbeiter Paul Eis (Monteur) ist ein selbst zugelegter Titel; Eis wurde mehrfach als Arbeiter bei Montage verwendet war bis zum 4. d. M. bei uns beschäftigt und wurde an diesem Tage zum Einziehen mehrerer Rechnungen ausgesandt. Er kam nicht zurück, sondern ist mit dem kassierten Geld (wie inzwischen festgestellt, ca. 457 M.) schmerzhaft nach Köpenick i. Pr. gefahren und hat daselbst in drei Tagen dort mit einer Stellerin durchgebracht, die er kurz vorher bei einer Montage in der Nähe von Köpenick gelernt hatte. Wie aus dem Bericht der dortigen Behörden hervorgeht, fand man nur noch 20 Pf. in seinen Taschen und einen Pfandbrief, welcher auswies, daß er dort auch noch die Uhr verlegt hatte. Von Arbeitslosigkeit war keine Rede, nicht einmal Aussicht auf eine solche stand ihm bevor. Sein Verdienst war 20-25 M. pro Woche. Es kann höchstens die Einnahme über seine thörichte Handlung bez. Furcht vor Strafe ihn zu dem Selbstmord getrieben haben.

Bei Varnum und Vallen. Vor sechs Jahren mußte man die Varnums erleben haben. Heute muß der Auktionsmann zur Vollständigung seiner Bildung nach den Zeitungsartikeln am Aufstiegsdamm pilgern. Wir wählen den Vergleich nur, um die Unerschlichkeit des nun einmal notwendigen Opfers anzudeuten; die Varnums mit den Darstellungen der Firma Varnum u. Vallen sowie in Vorkalle stellen zu wollen, wäre nicht allein ein großer Angriff gegen die Tugend des Mieserens, sondern in den Tagen der lex Heinze auch ein sehr schädigendes Beginnen. Bei der Betrachtung und Beurteilung der Varnumischen „Niesenschen“, wie das Unternehmen von den Sprach- Angolanisten in geschmackvoller Adaption des englischen „show“ genannt wird, ist jeder Vergleich, jeder Maßstab, der bisher an derartige Veranstellungen angelegt worden ist, unzulänglich. In selbst die Bekannte verliert in der padenden Allgemeinheit, mit der sie hier auftritt, an Wichtigkeit. Es ist wie bei der Niesenschen Statue des nackten Herkules, vor der die präde Engländerin meinte, daß bei solchen Dimensionen die Sache nicht mehr bedenklich sei und der Stimme der Jähigkeit nichts übrig bleibe, als in Stammen zu schreien. Alles geht bei Varnum ins Gigantische. Kommt man vom Bahnhof Savignypfad, so liegt vor einem auf dem Gelände der ehemaligen Transvaal-Ausstellung ein angebliches Ziel, von einer stattlichen Ziegenburg und mehreren kleineren Geschäften umgeben. Das alles ist aber nur etwas Veräußertes, dient vielleicht zur Unterbringung von Tieren, Garderobe oder sonst etwas.

Vom eigentlichen Circus zelt ist vorläufig nichts zu entdecken. Dort unten aber am südlichen Horizont zeichnet sich ein ungewöhnliches Bild ab. So weit das Auge blicken kann, sieht es weitläufige Wogenlinien in der Luft, gefolgt von der Art, wie auf Marinebildern die Wellen gezeichnet sind. Es ist das Leitwunder des Hauptzirkels. Eine Strecke Weges, und der ambulante Kunsttempel ist erreicht. Die wochenlang vorher betriebene Messame hat sich als wirksam erwiesen. In diesen Scharen stehen die Reingierigen vor den Zelten; an den Wagen und Plattformen, von wo aus die Eintrittskarten verlost werden, drängt sich die Menge; im Circus selber aber verlieren sich die Tausende von Zuschauern auf dem schmalen Laube, der von der so groß wie das Innere einer stattlichen Kadenzbahn angelegten Arena umringt blieb. Wir kommen zu spät, um die zahlreichen Konfessionen, die als Judelmensch, Sektierer,

Reitenprenger usw. angepriesen werden, bewundern zu können; ingleichen bleibt für die große Menagerie nur ein ganz flüchtiger Blick übrig. Gerade hat die Circus-Vorstellung begonnen. Elefanten, Kamele, prächtig aufgezupft, ziehen zu Dutzenden vorüber; ihnen folgt ein Teil des Personals zu Fuß und zu Pferde, andre fahren auf wunderbar gebauten Galawagen vorbei. Alles dies schimmert aufdringlich in Gold und Seide. Nachdem der Paradezug überstanden, beginnen zugleich in drei Manegen und auf zwei Podien, die der Länge nach gebildet sind, die eigentlichen Circuskünste. Es sollen in den 2 1/2 Stunden, welche die Vorstellung in Anspruch nahm, ungeachtet der auf jedem freien Platz aufgeführten Klownspäße im ganzen 80 Nummern gegeben worden sein. Sie zu zählen war unmöglich; ebenso unmöglich ist es, sie im einzelnen zu beschreiben.

Mit einigen, in ihrer Art aber immerhin beachtenswerten Abwechslungen wurden in allen drei Manegen die gleichen Leistungen geboten. Die Künstler sind sämtlich Kräfte ersten Ranges, sie arbeiten gewandt und sicher und zeichnen sich dadurch aus, daß sie die landläufige Meinung, es könne in der Tierdressur und auf artistischem Gebiet kaum noch etwas Neues und Originelles geboten werden, gründlich lägen trafen. Sogar die Klownspäße weichen zum Teil von den Plattheiten, die man sonst im Circus sieht, erheblich ab. Bewundernswürdig ist die Sicherheit und Präzision, mit der der Szenenwechsel, das Aufbauen und Abreißen der Podien und Kanagone vor sich geht. Den Reiz der Vorstellung bildet ein wildes und in seiner Art wiederum höchst abwechslungsreiches Wettrennen, an dem sich sowohl Künstler als Künstlerinnen beteiligen. Hierbei gerät auch das Publikum in Ertafe, das bisher von der Höhe der Gesichte so abgelenkt war, daß es vor lauter Staunen kaum zu Beifallsklatschen kam. Eine Varietés-Vorstellung nach Schluß der Circusvorstellung, die noch gegen 50 Pf. Aufgeld stattfinden sollte, identen wir uns.

Aus den Nachbarorten.

Reinickendorf. Der Wahlverein hält Samstagabend 8 1/2 Uhr in Vöthchens „Seepark“ seine Mitgliederversammlung ab.

Der Socialdemokratische Verein für Johannisthal und Nieder-Schöneweide hält seine Versammlung am 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Senfleben ab.

Zu einem Konflikt zwischen dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung von Charlottenburg wird allem Anschein nach die Streiffrage führen, ob die soeben begründete Realschule eine Vorstufe erhalten soll oder nicht. Bekanntlich hat die Stadtverordneten-Versammlung die vom Magistrat geforderte Vorstufe nicht bewilligt. Der Magistrat ist diesem Beschlusse nicht beigetreten, und infolgedessen ist zur Beilegung der Differenzen eine gemischte Deputation eingesetzt worden. Die gemischte Deputation hat sich über die Angelegenheit nicht einigen können; die Vertreter des Magistrats beharren auf der Errichtung einer Vorstufe, während die in die Deputation gewählten Stadtverordneten von einer solchen nichts wissen wollen. Der Stadtverordneten-Versammlung wird wahrscheinlich schon in ihrer nächsten Sitzung Kenntnis von der Ergebnislosigkeit der Beratung der gemischten Deputation gegeben werden, und wenn sich nicht noch im letzten Moment der eine oder der andre Teil zur Nachgiebigkeit genügt zeigt, so ist der Konflikt unvermeidlich.

Der Magistrat von Spandau hat dem letzten Stadtverordneten-Beschlusse betreffend die Macadamisierung der Falkendagenerstraße nicht zugestimmt, sondern beharrt auf seinem Standpunkt, die Straße mit alten Berliner Steinen zu pflastern. Die Angelegenheit soll von einer gemischten Kommission noch einmal beraten werden. Ob die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten hart bleiben wird? Warten wir es ab!

Spandau. Zu unserm jüngsten Artikel „Aus den Spandauer Musterwerkstätten“ ist nachzutragen, daß jetzt, wie von den Arbeitern verlangt, noch ein dritter Arbeiter von der Direktion mit der nützlichen Kontrolle der Pulver-Teodenschränke beauftragt worden ist.

Ein Großfeuer, das einen Schaden von mehreren hunderttausend Mark verursachte, wütete gestern in Schönberg auf dem Holzplatz von Sedel u. Schweizer. Das mehrere Morgen haltende Terrain liegt zwischen der Mühlenstraße, Erfurterstraße und Straße 38 und grenzt an der rechten (westlichen) Seite an das noch unbedante Feld. Die ganze Westfront war von einem sehr langen und tiefen Lager-schuppen bebaut, der vollständig mit unbedanteten Stämmen angefüllt war. Zwei weitere Bretterschuppen waren ihm vorgelagert, während auf dem übrigen Teil des Platzes große Mengen von Bauhölzern aufgeschapelt lagen. Auf der nach der Mühlenstraße gelegenen Seite waren etwa 50 Zimmerleute mit dem Jarichten von Bauhölzern beschäftigt, die kurz nach 2 Uhr nachmittags Plammen von der linken Ecke des Hauptschuppens emporlodern sahen. Sie suchten dieselben sofort zu erlösen, doch der herrschende Wind machte sie demnach an, daß binnen 10 Minuten das Feuer den ganzen Schuppen erfaßt hatte. Ehe die Schönberger Wehr erschienen, waren die Flammen auch auf die übrigen Bretterschuppen übergegriffen, so daß die Situation sehr kritisch war. Brandmeister Flöter erbat deshalb von Berlin schleunige Hilfe, worauf die Jüge 9, 10 und 12 anrückten. Witterverhältnisse waren auch die Wehren von Charlottenburg, Friedenau, Steglitz und Richterfelde erschienen, so daß dem verheerenden Element mit etwa 20 Rodern zu Leibe gegangen werden konnte. Die Hitze war indes derart, daß die Schlauchführer häufig wechseln mußten. Die Bretterschuppen waren nicht zu halten und wurden samt Inhalt total eingestürzt. Schon glaubte man, das Feuer abgesehen zu haben, als der Wind umsprang und Flammen und Rauch über den weiten Lagerplatz trieb. Hohe Stapel von Bauhölzern wurden dadurch entzündet und entweder vollständig zerstört oder derart angekokelt, daß sie wertlos geworden sind. Der dabei entwickelte Qualm war derart, daß die Wäldmannschaften schwer darunter zu leiden hatten. Zeitweise waren die Nebenstraßen in tiefes Dunkel gehüllt. Die Wäldarbeiten dauerten die ganze Nacht durch. Das Feuer ist durch Spielerei von drei Knaben verursacht, die einen Strohhalm angezündet hatten. Einer derselben, der 14jährige Sohn des Platzverweisers Hoffmann, wurde gestern abend noch vermisst.

Auf der Karlsruher Rennbahn hat die Tochter des Trainers Siebert Brandwunden erlitten. Kurz vor Beginn der gestrigen Rennen fingen ihre Kleider an einem weggeworfenen Streichholz oder einer glimmenden Cigarette Feuer. In einem Augenblick war die Unglückliche in Flammen gehüllt. Gaiße der Bahn eilten rasch auf sie zu und erstickten den Brand. Fräulein Siebert, die schwer verletzt ist, wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Bahnhof gebracht, wo ihr ärztliche Hilfe zu teil wurde.

Der Gustavseher Buchholz aus Kossenblatt, der gestern in Veesele u. an vier Jungen geschossen hat, hat sich nach Verübung der That durch einen Revolvererschuß getötet.

Versammlungen.

Ihr die Beseitigung des weißen Huts treten die Berliner Droßkulentischer ein. In einer Versammlung, die am Mittwoch in Heens Brauerei tagte, äußerte sich Hermann Schulz über diese Angelegenheit folgendermaßen: Der weiße Hut ist mit dem 1. Januar 1894 durch Polizeiverordnung für die Taxameterlischer eingeführt, um die Droßkule mit Fahrpreisangeigern, deren es damals erst wenige gab, für das Publikum deutlich erkennbar zu machen. Wegen des weißen Huts haben sich die Berliner Droßkulentischer von Anfang an gestraubt, weil ein solcher viel eher schmutzig, mancherlich und unbrauchbar wird, wie eine schwarze Kopfbedeckung. Die häufigere Anschaffung eines neuen Huts ist aber für den Fahrer ein pekuniärer Nachteil. Es kommt noch hinzu, daß nach ärztlichem Urteil die weiße Farbe der Hutfürne schädlich auf die Augen wirkt. Da jetzt die große Mehrzahl aller Berliner Droßkule mit Fahrpreis-Anzeiger

versehen ist, so meinen die Fahrer, daß der für die Einführung des weißen Huts seiner Zeit geltend gemachte Grund heute nicht mehr besteht, und daß es deshalb an der Zeit sei, die althergebrachte schwarze Kopfbedeckung wieder einzuführen.

Die Versammlung erklärte sich dafür, daß eine Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet und diese Behörde ersucht werde, die Verordnung, den weißen Hut betreffend, aufzuheben und den Taxameterlischen das Tragen schwarzer Hüte wieder zu gestatten. Es sollen noch mehrere Versammlungen in verschiedenen Stadtteilen mit dieser Angelegenheit beschäftigt werden, und wenn die Mehrheit der Fahrer sich gegen den weißen Hut erklärt, dann soll die betreffende Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet werden. Unter andern wurde noch gerigt, daß die Anhängelwagen der Straßenbahn während des Haltes an Straßenkreuzungen oft einen Teil der Querstraße sperren, wodurch den übrigen Fußwerkern erhebliche Ungelegenheiten bereitet werden.

Die Stellmacher haben am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, überall dort die Arbeit einzustellen, wo die aufgestellten Forderungen, neunständige Arbeitszeit und Festlegung eines Lohnarfs, nicht bewilligt werden. In 48 Werkstätten mit 116 Arbeitern waren am Mittwoch die Forderungen schon anerkannt. In einer Anzahl Werkstätten ist wegen Nichtbewilligung die Arbeit eingestellt worden. Am Mittwoch haben wieder Verhandlungen des Gesellenausschusses mit dem Junungs-Vorstande und den Bezirks-Vertrauensmännern stattgefunden, die aber ein befriedigendes Resultat für die Arbeiter nicht erzielt haben. Die Forderungen der Stellmacher hat eine Junungs-Versammlung, die am 8. Mai stattgefunden, mit unweitescher Einschränkung bereits bewilligt. Es sollten nur wenige Abänderungen im Tarif vorgenommen werden. Seitens des Obermeisters ist aber, nachdem ein Rundschreiben an sämtliche Meister verandt worden, nach welcher der Beschluß wieder aufgehoben und mit dem Hinweis, daß bezüglich des Tarifs noch Verhandlungen stattfinden sollen, aufgefodert wurde, die Bewilligung der Forderungen abzulehnen. Von den Arbeitern wird angenommen, daß die Unternehmer die Sache nur in die Länge ziehen wollen, um die notwendige Arbeit fertig gestellt zu bekommen oder aber, daß die Unternehmer den Streik als wirtschaftswert erachten, um daraufhin ihren Kunden gegenüber die geplante Preiserhöhung zu rechtfertigen.

Die Glaschleifer hielten am 14. Mai eine gut besuchte Versammlung ab, in der der Vorsitzende des Verbands, Welfisch, die Differenzen in der hiesigen Branche besprach. Wegen des Streiks am 1. Mai ist bei der Firma Dittmann u. Maies die Auslieferung nahezu sämtlicher Glaschleifer erfolgt. Nur einige wenige sind als Arbeitswillinge stehen geblieben. Die Ausführenden, 2 Mann, bekommen in anderen Betrieben keine Arbeit und ist aus gelegentlichen Anmerkungen der Fabrikanten zu entnehmen, daß sie vereinbart haben, die Arbeiter bis zum 1. August auszusparen. Die mit den Unternehmern eingeleiteten Verhandlungen blieben erfolglos, die Unternehmer behaupteten, ihr Betrieb werde in geordneter Weise fortgeführt, es bestehen keine Differenzen mit den Arbeitern. Diese Angabe, so bemerkt Redner, sei unrichtig, es seien vielmehr vielfach die Glaschleifer, die von auswärts bei den Firmen in Beschäftigung traten, in ihre Heimat zurückgekehrt. Nach einer dem Referat zustimmenden Diskussion beschloß manmehr die Versammlung, in den Generalstreik einzutreten. Der Beschluß wurde mit 133 gegen 4 Stimmen gefaßt und werden den Fabrikanten folgende Forderungen unterbreitet werden:

1. Bedingungslose Freigabe des 1. Mai für sämtliche Mitglieder des Verbands.
2. Aufhebung der Abgangsgenüsse für die im Streik befindlichen Arbeiter.
3. Wiedereinstellung der im jetzigen Streik befindlichen Arbeiter.
4. Wird in einer Werkstätte gestreikt, so dürfen die Arbeiten von dieser Firma in keiner andern Werkstätte angefertigt werden.
5. Treten Differenzen irgend welcher Art ein, so müssen sich Arbeitgeber wie Arbeitnehmer dem Schiedsgericht einer Kommission, welche aus Mitgliedern des Verbands der Glaschleifer sowie der Glaschleifervereinigung zusammengesetzt ist, unterwerfen.
6. Arbeitnehmer dürfen nicht eigenmächtig in Streik treten, sondern müssen erst den Vorstand davon in Kenntnis setzen.
7. Weidertseitige Kündigung findet nicht statt.

Die Arbeit wird am Donnerstag eingestellt, wo Kündigung vereinbart ist, tritt an diesem Tage die Kündigung ein.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und der Umgegend hielt am 13. Mai eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Carl Hennig, Wilhelm Masch und Carl Mohloff von den Anwesenden in der üblichen Weise geehrt. Coburn beschloß sich die Versammlung mit der Beibehaltung des Kongresses der lokalorganisierten Gewerkschaften und wurden Gehl und Schulz zu Delegierten, Witte zum Stellvertreter gewählt. Beauftragt war, die Beiträge für den öffentlichen Fonds von 25 auf 50 Pf. zu erhöhen, dem wurde zugestimmt und weiter angeordnet, den Beitragssammeln pro Jahlabend 75 Pf. Entschädigung zu gewähren.

Kaufmann berichtete, daß die Maurer bei der Kanalisation an die städtische Bauinspektion das Verlangen gestellt haben, statt der bisher gezahlten Löhne von 50 Pf. bei einer 10stündigen Arbeitszeit, den Stundenlohn von 62 1/2 Pf. und die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Natürlich sind die Arbeiter abgewiesen und ist ihnen anheimgegeben, es einmal mit einer Wilschrift zu versuchen. Selbstverständlich gingen die Arbeiter hierauf nicht ein und ruht infolgedessen auf der ganzen Strecke in Straße 1a die Arbeit.

Eine von den Arbeitern an die Organisation gestellte Bitte um Unterstützung wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Weiter kritisierte Kaufmann noch ein Vorkommnis in Nummernburg. Dort sei bei der Bahnüberführung stellenweise die Rüstung anheftig fabrikantig gebaut. Sollte sich jedoch ein dort arbeitender Maurer oder Arbeiter erlauben, dem Herrn Bauführer auf derartige Mißstände aufmerksam zu machen, so könnte er gewärtig sein, über kurz oder lang auf das Straßenpflaster zu fliegen.

Die Cementierer nahmen in der Versammlung am 9. Mai den Massenbericht vom 1. Quartal entgegen. Hierauf hielt das Mitglied Harse einen Vortrag über die Verhältnisse im Beruf. Redner empfahl besonders, die im Tarif festgelegten Forderungen streng zu beachten. Die Versammlung trat dieser Auffassung allgemein bei.

Die Möbelpolierer (Hilole N.) hatten am 14. Mai eine Versammlung anberaumt, in der Dr. Wehl einen interessanten Vortrag hielt. Unter andern beschäftigte sich dann die Versammlung mit dem Flugblatt des Holzarbeiter-Verbands. Von mehreren Rednern wurde die Herausgabe der Flugblätter abfällig kritisiert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zvezhunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

S. C. 16. Unter der in Berlin herausgegebenen „Deutschen Tabak-Zeitung“ erscheint in Jauer (Schlesien) das „Erste Oberbrennblatt für die Tabak- und Cigarettenbranche“, in Leipzig „Die Cigarette“, in Mannheim die „Süddeutsche Tabak-Zeitung“, in Emden „Die Cigarette“, in London „Tabacco Trade Review“.

Witterungsübersicht vom 17. Mai 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Stand mm	Wind richtung	Wolkenart	Wetter	Stationen	Barometer Stand mm	Wind richtung	Wolkenart	Wetter
Swinemünde	760	SB	3 wolkenl	10	Danzig	749	SE	1 bedekt	3
Hamburg	762	SB	2 heiter	8	Berlin	762	SB	1 heiter	3
Berlin	761	SB	3 wolkenl	9	Sonst	760	SB	3 heiter	12
Braunf./M.	763	SD	3 wolkenl	9	Araden	765	SB	5 bedekt	12
München	760	O	4 wolkenl	4	Paris	764	SD	3 wolkenl	8
Wien	762	SB	3 wolkenl	7					

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. Mai 1900.
Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vielfach wollig mit etwas Regen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.